

Ersteinst täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Vorkauf-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Beitragungs-Verordnung für 1893 unter Nr. 4708.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Veretriebs- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Preis für die nächste Nummer mußer bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Jant 1. 4186. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 20. Juli 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Pindler reingefallen.

Selten haben wir uns über die Empfehlung eines Buches durch Freund Pindler und sein Allerweltmädchen, die offiziöse „Norddeutsche Allgem. Zeitung“, so gefreut, wie gerade jetzt. Das Organ des alten und des neuen Reichskanzlers lobt die neueste Veröffentlichung des bekannten Professors Bücher in Leipzig, betitelt: „Die Entstehung der Volkswirtschaft“ (Tübingen, Laupp), außerordentlich und meint, je „schwerer“ weiten Kreisen (des Bürgerthums) das Eindringen in den nationalökonomischen Wissenschaftszweig „falle“, desto eher halte es „sich für berechtigt, ein Buch zu empfehlen, welches geeignet ist, in einfacher und jedem Gebildeten verständlicher Form die Grundbegriffe dieses Wissenszweiges zu erschließen.“ Und nun folgt die ausführliche Wiedergabe eines wirtschaftsgeschichtlichen Ueberblicks aus dem Buche, an welchem der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ offenbar namentlich die Wendung gegen den Liberalismus, „der nur zerstört, nichts aufgebaut hat“, sowie die Erwähnung des Nationalitätsprinzips als Durchgangsmoment der wirtschaftlichen Entwicklung gefallen hat.

Es wirklich sehr anerkennenswerth, daß die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auf einen so sündigen Blick hin, den sie in das Buch gethan hat, wirklich einmal etwas Gutes empfiehlt. Denn die neue Veröffentlichung ist wie Alles, was Professor Bücher bis jetzt geleistet hat, vortrefflich, weil sie in allen Dingen auf einem Standpunkt steht, der die volkswirtschaftliche Tendenz der wirtschaftlichen und politischen Lehren offiziöser Blätter, wie der „Nordd. Allg. Ztg.“, auf's schärfste verurtheilt. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ war es also vorbehalten, einen der gründlichsten Kritiker des von ihr vertretenen Systems recht in den Himmel zu loben, und wenn man bedenkt, wie wenig Sachlichkeit das Pindlerblatt sonst für seine Gegner übrig hat, so wird man unsere innige Freude begreifen. So ist es z. B. eine Lust, zu lesen, wie Professor Bücher im dritten Abschnitt seines neuen Buches den waderen Genossen des Pindlerblattes auf sozialwissenschaftlichem Gebiete, den preussischen Hof- und Geheimrathsozialpolitiker Professor Schmoller mit seinen stöckreaktionären Ansichten über soziale Klassenbildung abthut. Als Klopffechter der „bestehenden Ordnung“ hatte der gute Geheimrath Schmoller all' sein geschichtliches und sonstiges Wissen aufgeboden, um in langen Abhandlungen zu „beweisen“, daß die soziale Kluft, die sich heute zwischen den einzelnen Gesellschaftsklassen immer weiter aufthut, eine „ganz natürliche“ Folge langjähriger Vererbung guter Eigenschaften auf die Einen, schlechter auf die Anderen sei. Die heutige Verchiedenheit des Besitzes und des Einkommens sei nur eine „nebensächliche Folge“ dieser unänderlichen Erscheinungen, komme aber nicht als Ursache für die soziale Klassenbildung in Betracht. So der reaktionäre Schmoller, dessen gelehrte Ausführungen wir natürlich in volkshümliches Deutsch überseht haben, sonst blieben sie

wohl den meisten von unseren Lesern unverständlich. So mit ihm der Chor der feudalen Sozialpolitiker à la Bismarck, so die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit ihrer gewohnheitsmäßigen Ignoranz alles dessen, was heute die soziale Lage wirklich bestimmt. Und nun ist es eine Freude zu sehen, wie Professor Bücher in seinem von eben derselben „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ so gerühmten Buche „die überraschenden Sätze“ Schmoller's zerpfückt, der doch nur niedergeschrieben hat, was jeder Reaktionär als letzte sozialpolitische Weisheit glaubt. Professor Bücher sagt den Herren in aller Höflichkeit und Freundlichkeit: gerade umkehren müßt Ihr die Sache, wenn ein Schuh daraus werden soll: die Verchiedenheit des Besitzes und Einkommens ist nicht die Folge der Arbeitstheilung, sondern ihre Ursache.“ Er fährt das äußerst interessant auch für den Arbeiter in folgenden Sätzen aus:

„Die ungleiche Größe und Beschaffenheit des Grundeigentums bildet bei den alten Griechen und Römern und auch bei unserem Volke vom frühen Mittelalter ab die Grundlage der Ständegliederung. Der Adel, der Bauernstand, der Stand der Hörigen und Unfreien sind zunächst bloße Besitzstände und werden erst mit der Zeit zu einer Art von Berufsständen. Als im Mittelalter mit dem Aufkommen des Handwerkerstandes die eigentliche Berufsbildung einsetzt, geht sie wieder von der Besitzvertheilung aus. Die Knechte des Frohnhofes, die Hörigen ohne Grundbesitz, welche eine gewerbliche Kunst gelernt haben, beginnen auf eigene Hand ihre Arbeitstätigkeit zu verwerthen. Die Betriebsweise des Gewerbes muß sich ihrer Armuth anpassen... Wie man sieht, ist jeder Schritt, den die mittelalterliche Arbeitstheilung im Gewerbe machte, vom Vermögensbesitz abhängig... Die großen Züge unserer sozialen Berufsgliederung... ruhen fortgesetzt auf dieser Grundlage, die durch unsere heutige Wirtschaftsorganisation immer mehr befestigt wird. Das letztere erklärt sich sehr einfach aus folgenden zwei Umständen: 1. jeder Beruf wird unter unserer Wirtschaftsorganisation ein Einkommen ab, und nur der Besizende ist im Stande, sich die bevorzugten Stellen des Einkommensinneren innerhalb der allgemeinen Arbeitsgliederung auszusuchen, während der Besitzlose mit den schlechteren Stellen vorlieb nehmen muß. 2. Der Besitz selbst liefert vermöge seiner kapitalistischen Natur ein Einkommen und überträgt sich erblich mit dieser Fähigkeit.“

Auf solchem Boden, gemeinsam mit der modernen Arbeiterbewegung, steht Professor Bücher gegen die Reaktionäre aller Sorten. Es ist ein Stück materialistischer Geschichtsanschauung, daß er hier gegen professorale Beschränktheit als einziger Sehender unter vielen Blinden die Weltung bringen muß, und man mag danach die unfreiwillige Komik beurtheilen, die in den empfehlenden Sätzen der „Norddeutschen Allgem. Ztg.“ steckt, wenn sie vom Schöpfer der materialistischen Geschichtslehre im Gegenzuge zu Bücher, wenn sie von Marx zu schreiben wagt, „daß keiner seiner Epigonen ihn verstand und deshalb in den Köpfen das sozialdemokratische Kommu-

nistische Chaos entstand“. Armer Pindler, welcher Reinfall! Am Ende bezieht sich vollends auch noch gar Manches aus dem Abschnitt über die Anfänge des Zeitungswesens im Bücher'schen Buche, das Du offenbar nicht gelesen hast, auf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“? Das von den „Wachzetteln“ der Regierung, oder der Schluß des Abschnittes, der vielleicht gerade nach der Vektüre eines Deiner Pindterblätter geschrieben ist und der mit Hinblick auf die kapitalistische Korruption der Presse lautet: „es wird uns schwer zu glauben, daß die Zeitung in ihrer heutigen Ausgestaltung die höchste und letzte Form der Nachrichtenvermittlung zu bilden bestimmt sei“. Wenn der Pindler das unterschrieben, so müßten wir ihn wegen anerkennenswerther Selbstkritik auch einmal loben. Er wird's aber wohl nicht thun, und deshalb bleibt's beim Reinfall.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. Juli.

Parlamentarisches. Offiziös wird gemeldet: „Der von einigen Blättern bereits für Anfang November angegebene Termin der Landtagswahlen steht, wie wir hören, noch nicht endgiltig fest. Der Reichstag dürfte gegen den Anfang der zweiten Hälfte des November wieder zusammenberufen werden.“

Künstliche Hartnäckigkeit war es, wie das Organ des Reichskanzlers, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ausdrücklich in einer Auseinandersetzung mit der „Kreuzzeitung“ feststellt, wenn die Reichsregierung lange Zeit an der ursprünglichen Militärvorlage festgehalten hat. Von vornherein hat also Caprivi den Kuhhandel geplant und damit gerechnet, und er hat eben nur nach altem Handelsbrauch, wie er im Schwange ist auf jedem Viehmarkte, ein Weniges vorgeschlagen, um sich unterbieten zu lassen mit dem Angebot des Huene'schen Antrages, der alles, was die Regierung wollte, enthielt. Wir haben diesen Vorgang schon im ersten Stadium richtig mithin gekennzeichnet.

Das Messer wird gewetzt, so glosfirten wir gestern die Nachricht der Finanzminister-Konferenz. Heute berichtet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Zweck der Besprechung soll sein, zu einer Verständigung über die beste Art der Deckung der durch die Heeresreform erwachsenden Mehrausgaben und über verschiedene sonstige Fragen der Reichs-Finanzpolitik zu gelangen.

Die Steuerzahler werden die Beche zahlen. —

Die gewerbliche Sonntagsruhe, Offiziös wird geschrieben:

Es war beabsichtigt, schon im Juli Vertreter der Interessentkreise zu Besprechungen über die Durchführung der Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk

sei sie doch mit Vater Deschamps zu eng befreundet, als daß sie es sich nicht gestatten dürfe, ihn zu warnen.

„Was wollen Sie mit Ihren Redensarten sagen?“ hatte der durch diese Einleitung ungeduldig gewordene Alte ausgerufen. „Sprechen Sie deutlich, Schöckschwernoth noch einmal!“

Darauf machte Frau Roguet ihn mit vielen Umschweifen darauf aufmerksam, daß die Besuche, die Artigkeiten eines jungen Mannes wie die Andrés Anlaß zu Gebrede geben könnten.

„... Und dann... es wäre bei einem so klugen und intelligenten Mädchen wie Johanna ja eigentlich nicht recht wahrscheinlich, aber... sie könnte doch am Ende... in die Netze dieses Herrchens gerathen... Er würde sie doch sicher nicht heirathen. Und was würde dann aus ihr werden?“

Vater Deschamps sah einen Augenblick wie angedonnert durch den Argwohn, den man ihm einzufößen suchte. Wie von einem grellen Licht erhellt sah er mit einem Male sein Kind, seine geliebte Johanna, verführt, verlassen, wie sie weinend auf der Straße stand mit einem Kinde auf den Armen, gerade wie es Frau Roguet ergangen war.

Er stammelte verwirrt:

„So glauben Sie also...“

„O, ich glaube nichts, aber ich fürchte alles,“ erwiderte Frau Roguet. Und als der Alte nach einem Augenblick der Ueberlegung den Gedanken, den man ihm einflößen wollte, weit von sich wies, hatte sie sich der Uebertreibung beschuldigt. Aber ach! Eine traurige Erfahrung hätte sie gelehrt, den Menschen und der Liebe zu misstrauen. Sie wollte nur hoffen, daß Johanna sich besser zu vertheidigen wissen werde, wie sie. Vielleicht war die Wärme, mit der Johanna oft für den jungen Mann Partei ergriß, ein

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(20)

Die Bekehrung André Javenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Dieser behandelte Sigismund mit eisiger Höflichkeit. Er fand ihn gar zu ungeschliffen und abgeschmackt in seiner wüthenden Begeisterung für den revolutionären Sozialismus und glaubte daher, Sigismund's Kraft konzentrierte sich mehr in seinen Fäusten, als in seinem Hirn. „Biel reden und wenig thun“, so charakterisirte er ihn. Vielleicht empfand er auch, ohne es zu wissen, etwas wie Eifersucht darüber, daß Johanna ihn wie einen Kameraden behandelte und seinen heftigen Ausfällen gegen die Gesellschaft Beifall klatschte. Einmal jedoch griff er auf die Bitte des jungen Mädchens ein, um den ungeschliffenen Redner, der wegen einer Unbesonnenheit verhaftet worden war, aus der Schlinge zu ziehen. Er stellte nur eine Bedingung für diesen kleinen Dienst, nämlich die, daß weder Sigismund noch Frau Roguet jemals ein Wort darüber, sei es zu ihm oder anderen erwähnten. Er wollte nicht, daß sie sich ihm gegenüber verpflichtet fühlten sollten. Je häufiger er mit ihnen zusammentraf, desto weniger liebte er sie. Er dachte an ein ironisches Wort seines künftigen Schwagers Henri Dufaule: „Es ist etwas Schönes um den Sozialismus, wenn man die Sozialisten beseitigen könnte!“

Er fühlte wohl, daß Frau Roguet nur feindselige Gefühle gegen ihn hegte. Die Freundlichkeit selbst gegen Johanna, behandelte sie ihn mit stets gleich bleibender Kälte. Warum war er auch ein Bourgeois, der schöne Kleider trug, liebenswürdig plaudern und geschickt seine Ansichten vortragen konnte? Selbst Magdalene belahmte ihn und wieder einen kleinen Seitenhieb. Aber das alles war erst das Vorpiel. Die Gelegenheit, welche Frau Roguet suchte, um den Lästigen los zu werden, bot sich bald.

Es war kurz vor Neujahr. André hatte sich durch diese Zeit der Geschenke berechtigt geglaubt, Johanna einen Rosenkranz zu überreichen, während er gleichzeitig Magdalene eine Menge Spielzeug mitbrachte. — „Was ein Arbeiter in einem Monat verdient!“ hatte Frau Roguet mit bitterem Tone gesagt, während Johanna mit Entzücken den Frühlingshauch einathmete, den ihr der Duft der Blumen zu bringen schien. Johanna hatte um so wärmer für diese Aufmerksamkeit gedankt, als sie den Eindruck der bitteren Worte, die Andrés soeben hatte hören müssen, verwischen wollte.

„Zur Belohnung“, sagte sie zu André, „sollen Sie mit Magdalene und mir mehrere Partien des edlen Gänsespiels spielen.“ Und Andrés hatte gespielt, gelacht, geplaudert, bis es spät geworden war.

Am nächsten Tage fand Frau Roguet Vater Deschamps zufällig einmal allein, und sie benutzte die Gelegenheit sofort, um ihm gründlich den Text zu lesen. Sie wisse sehr gut, daß sie sich in eine Angelegenheit mische, die sie eigentlich nichts angehe, daß vorläufig die Gefahr noch größer sei, als das Uebel, daß bis jetzt noch nichts Ernstliches passiert sei, aber schließlich

nach Berlin zu berufen. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß es zweckmäßiger wäre, zunächst die einzelnen Berufsvereine über die regierungsförmig geplanten Maßnahmen in Kenntnis zu setzen und erst, nachdem den betreffenden wirtschaftlichen Vertretungen die geeigneten Mittheilungen gemacht worden, zur Abhaltung der Konferenzen zu schreiten. Dabei wird die ursprüngliche beabsichtigte Publikation der Denkschrift und des Entwurfs der Ausführungs-Bestimmungen über die Sonntagruhe in Industrie und Handwerk dem Vernehmen nach unterbleiben, dagegen ist das gesammte Material von Reichswegen den Einzelregierungen mit dem Wunsch überwiesen worden, dasselbe gleichmäßig und gleichzeitig den Vereinigungen der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmer zugänglich zu machen. Durch dieses Vorgehen wird den Interessenten Gelegenheit gegeben werden, sich vor den Besprechungen mit den behördlichen Organen genau und eingehend über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zu unterrichten und steht zu erwarten, daß die Konferenzen sich glatter vollziehen werden. Die Anhörung der Sachverständigen dürfte, nachdem die Befragung des Materials an die Vertretungen der einzelnen Berufsvereine stattgefunden hat, Ende September oder Anfang Oktober erfolgen.

Auch der preussische Kriegsminister, Herr von Kallenberg-Stachau, der von seinem parlamentarischen Geschick am 18. Juli in der Mandoversache und früher in den Fragen des Militär-Strafprozesses, der Schießinstruktion von Wachtposten u. s. w. so glänzende Proben abgelegt hat, wackelt gleich dem Kollegen Matzahn. Er soll auch den Abschied erhalten. Während der Militärdebatten spielte er eine leidende Rolle, da der General-Kanzler Caprivi an seiner Stelle für die Vorlage eintrat.

Konservative und Antisemiten liegen sich in den Haaren. In Neustettin, in Rinteln stammt der Streit zu heller Höhe auf. In Rinteln steht eine Stichwahl zwischen Konservativen und Antisemiten bevor. Die sozialdemokratischen Wähler werden mit kühler Ruhe als unbetheiligte Zuschauer dem Zweikampfe zusehen. In Alfeld, wo ebenfalls kein Arbeiterkandidat aufgestellt ist, liegen die Verhältnisse ähnlich.

Für die am 18. Juli im Wahlkreise Neustettin vollzogene Nachwahl liegen die Nachrichten aus 21 Orten vor, unter denen sich vier Städte des Wahlkreises befinden; dort erhielten: der Althandwerker Prof. Förster 8059, der Städler 620 Stimmen. Was wir vorausgesetzt haben, wird eintreffen, der Städler wird vom anderen abgehau, Försters Wahl ist gesichert. — Die Antisemiten werfen ihre Ivoltsfreunde, die Konservativen zum Tempel hinaus und jämmerlich klagt das amtliche Organ des Junterthums, die „Konservative Korrespondenz“ darüber, daß „ein stetiges Zurückdrängen unseres Bestandes“ wahrzunehmen sei. So muß es kommen.

Die Futternoth. Der preussische Kriegsminister hat angeordnet, daß die „zur Fällung der Gefrieranlagen in Straßburg und Metz mit gleich erforderlichen Maßnahmen schleunigst in die Wege zu leiten“ seien. Bei denselben ist davon auszugehen, daß zur vollständigen Fällung der Gefrieranlagen ein Zeitraum von drei Monaten zur Verfügung steht. Es ist jedoch nicht beabsichtigt, die Viehankäufe unter allen Umständen bis zur gänzlichen Fällung der Gefrieranlagen auszudehnen. Vielmehr sollen dieselben nur insoweit stattfinden, als die Absicht, der infolge des Futtermangels nothwendigen Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen, es als wünschenswerth erscheinen läßt. Die Landbestheile, in denen der Nothstand am größten ist, sind bei den Ankäufen in erster Reihe zu berücksichtigen. Die Ankäufe haben durch je eine Kommission, bestehend aus einem oberem Provinzialamts-Beamten, einem Koborzt und einem sachverständigen zuverlässigen Schlächtermeister, zu erfolgen. Bei den Ankäufen dürfen nur die ländlichen Viehbesitzer selbst als Verkäufer berücksichtigt werden. Jeder Zwischenhandel ist auszuschließen. Der Ankauf erfolgt gegen Baarzahlung. Für jeden in Betracht kommenden Bezirk sind im Einvernehmen mit den betreffenden Zivilbehörden verschiedene Ankaufsorte zu bestimmen, an welchen sich die Kommission zum Zwecke des Ankaufs zu festgesetzter Zeit einfindet. Auch können hierfür die etwa stattfindenden regelmäßigen Viehmärkte gewählt werden. Von den Zivilbehörden werden Ort, Zeit und die näheren Bedingungen, unter welchen der Ankauf erfolgt, öffentlich bekannt zu machen sein. Mit diesen Palliativen ist nichts Durchgreifendes gethan.

Aus Pforzheim (Waden) wird gemeldet: „Eine

trägerisches Zeichen. Es würde vielleicht übertrieben ängstlich sein, wenn man um einer solchen Kleinigkeit willen den jungen Mann fern halten wollte. Und schließlich hat sie den Alten, auf ihre Bestürzungen nichts zu geben. Sie nahm ihm auch das Versprechen ab, zu dem jungen Mädchen nicht darüber zu sprechen.

Water Deschamps schlief mehrere Nächte nach diesem Begebnis sehr schlecht. Er überlegte lange hin und her, faßte allerlei Entschlüsse und setzte seine Tochter durch seine außerordentliche Zerknirschtheit und die finsternen Blicke, die er ihr zuwarf, in Erstaunen. Als Andros hiernach zum ersten Male wieder kam, ließ er ihn kaum eintreten:

„Ich habe einen Gang zu machen und nehme Sie gleich mit,“ sagte er.

„Du wirst aber doch gleich wieder kommen, Freund Andros,“ rief Magdalene ihm noch nach.

Es war gerade der 16. Januar. Andros hatte späterhin noch mancherlei Veranlassung, sich dieses Datums genau zu erinnern. Eine eilige Kälte empfing sie draußen, die durch alle Glieder, ja bis ans Herz zu dringen schien. Kaum waren sie auf der Straße, als Vater Deschamps seinen Gefährten beim Arm nahm, sich räusperte, zögerte, sich zuerst in allerlei gewundenen Redensarten verwickelte, bis er plötzlich entschlossen sagte:

„Hören Sie! Ich will lieber frei heraus sagen, um was die Besichtigung sich dreht. Ich habe Ihnen nichts vorzuwerfen. Ich hege eine warme Freundschaft für Sie. Aber sehen Sie, es wäre für den guten Ruf meiner Johanna und für meine Ruhe besser, wenn Sie nicht mehr zu uns kommen. Johanna ist mit Sigismund, ihrem Jugendfreund, so gut wie verlobt. Und wenn nun ein viel reicherer und viel eleganterer, junger Mann bei uns so oft verkehrt, so könnte Verede entstehen.“

Water Deschamps sagte hier mehr, als er verantworten konnte: Er übertrieb, um wenigstens den Schein eines Grundes für sich zu haben. Innerlich warf er sich jedoch vor, daß er ohne ernstlichen Anlaß hart gegen Andros sei, und um die Schärfe seiner Worte zu mildern, fuhr er schnell fort:

durch den hiesigen Stadtrath berufene große Versammlung von Landwirthen beschloß bei Verathung von Maßregeln gegen die Futternoth, Einspruch gegen die Abhaltung der Kaisermanöver zu erheben.

Die Regierung Oberfrankens bewilligte zur Linderung der Futternoth insgesamt eine Viertel Million Mark.

Den strebsamen Universitäts-Professoren, die in Wort und Schrift ihren stürmischen Eifer für die Militärvorlage durch ein Aufgebot der seltsamsten nationalökonomischen Scheingründe bethätigten, glänzt die Gnaden-sonne. Herr Richard von Kauffmann, Professor der Nationalökonomie am Charlottenburger Polytechnikum, der seinen ursprünglich in Conradts Jahrbüchern veröffentlichten schwächlichen Aufsatz über die Steuerlast in den verschiedenen Kulturländern als Sonderabdruck herausgab, um für die Vorlage zu werben, ist geheimer Regierungsrath geworden, und zwar „in Anerkennung seiner verdienstvollen volkswirtschaftlichen Schriften“. Ueber diesen Titel wird Herr Moriz Bloch in Paris, der berufene schwachschwellige Altwelt's-Ökonom, eine große Freude haben. Ob gleichzeitig mit Herrn von Kauffmann irgend ein gleichfalls um das „Staatswohl“ verdienter Polizeirath „befördert“ worden ist, wie seinerzeit der Krüger zugleich mit einem Ökonome-Professor Geheimrath wurde, ist nicht bekannt. Wenn aber Herr von Kauffmann „ausgezeichnet“ worden ist, wird dann nicht auch die anderen Universitäts-Ökonomen, die ihre Einsicht in die soziale und politische Lage Deutschlands durch Agitation für eine Mehrbelastung der Massen bekundeten, wird dann nicht, so fragen wir, die Rathgeber-Militaristen von Halle, Breslau u. s. w. eine milde Hand wenigstens mit einem Ordensbändchen schmücken? Und wenn es nur das Allgemeine Ehrenzeichen wäre, das die zottige Mannesbrust der Jhring-Mahlow und Raportz jiert?

Kein Nothstand! Ein Agrarier, der Freiherr v. Erffa (Ziegenrück) machte auf einer Versammlung von Landwirthen aus den Kreisen Ziegenrück, Erfurt und Langensalza die erschreckende Mittheilung, daß die Bevölkerung seines Kreises vor einer Hungersnoth stünde, sofern es binnen 14 Tagen dort nicht regnen sollte. Die Kartoffelernte drohe dann vollständig zu mißrathen. Warum verzweifeln? Begebenen Falls bewilligt Herr v. Deyden, der gütige Landwirtschaftsminister, aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Gelder — für Wanderredner, die den verhungerten Bandleuten auseinander setzen, daß „Staatshilfe entsetzlich!“

Vom dekorierten König Stumm. Das Telegramm des Kaisers, das Febr. v. Stumm-Halberg am Freitag nach Schluß der zweiten Verathung der Militärvorlage erhielt, hat nach der „Kreuz-Zeitung“ folgenden Wortlaut:

„Neues Palais. Ein herrlicher Sieg nach heissem Kampf. Dank Ihnen für Ihre feste, treue Haltung und Hülfe! Ich verleihe Ihnen das Komthurkreuz meines Hausordens von Hohenzollern. Wilhelm, I. R.“

Der herrliche Sieg“ mit 11 Stimmen Mehrheit in zweiter, mit 16 Stimmen Mehrheit in dritter Lesung erscheint uns und hunderttausenden deutscher Wähler als eine schwere Schädigung der nationalen Interessen. Ein Pyrrhus-sieg ist's sicherlich, den die mühsam zusammengepeitschte Zufallsmehrheit erlitten hat. König Stumm aber hat durch seine landläufige Rede, worin ein unbändiger Groll gegen die Sozialdemokratie den Grundton bildet, der Sozialdemokratie wieder einmal Vorspaundienste geleistet wider Willen. Und tritt dieser Komthur als steinerner Gast in unsere Mitte, uns schreckt er nicht mit seinem Theaterdonner.

Der Fall Feichter. Am 18. Juli war der verantwortliche Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“ in der Klagesache des Polizeipräsidenten Feichter zu Straßburg gegen die Herren Paris und Genossen zur Vernehmung als Zeuge geladen. Er lehnte die Beantwortung der Frage nach dem Verfasser des vielbesprochenen Artikels der „Kölnischen Volkszeitung“ ab. Daraus schloß sich eine Hausung nach dem Manuskript des Artikels, die sich sowohl auf die Privatwohnung des Redakteurs, als auf die Geschäftsräume der „Kölnischen Volkszeitung“ erstreckte, aber ohne Ergebnis blieb. Was

Wir werden darnum — das hoffe ich — doch gute Freunde bleiben! Ich werde mich immer freuen, wenn wir uns irgendwo treffen können. Ich werde es auch so einrichten, daß Sie Magdalene hin und wieder sehen können, aber nicht in meinem Hause. Donnerwetter! Es wird mir wahrhaftig schwer, so zu Ihnen zu sprechen. Ich habe Sie lieb gewonnen. Geben Sie mir wenigstens den einen Trost, daß Sie mich verstehen und mich nicht böse sind!

Andros fand zuerst keine Antwort. Endlich sagte er mit Anstrengung und Bitterkeit:

„Ach, Herr Deschamps! Auf diese abscheuliche Idee sind Sie sicher nicht von selbst gekommen. Frau Roguet steht dahinter. Ich habe nichts weiter zu sagen: es wird geschehen, wie Sie es wünschen. Sagen Sie Fräulein Johanna meine Abschiedsgrüße und lassen Sie Magdalene für mich.“

Der Alte fühlte sich ein wenig beschämt. Er wollte ihn zurückhalten, ihm noch Anseinerbesetzungen machen.

„Nein, nein!“ sagte Andros. „Ich habe verstanden und danke Ihnen. Ueber Magdalene sprechen wir noch ein anderes Mal.“

Mit großen Schritten eilte er davon. Es kränkte ihn, daß er so verabschiedet worden, daß er sich so unwürdig beleidigt lassen mußte. Aber er war nicht nur in seiner Eigenliebe verletzt. Er würde unter der kleinen Kränkung nicht so sehr gelitten haben, wenn die Bande, die ihn mit der Familie Deschamps verknüpften, nicht fester gewesen wären, als er selbst geglaubt hatte. Sein Herz blutete, wenn er an den plötzlichen Bruch aller dieser Beziehungen dachte. Gewöhnt an die Beziehungen der Welt, die so leicht angeknüpft und gelöst werden, wunderte und ärgerte er sich zugleich, daß diese unerwartete Trennung ihn so tief berührte. Leute, die weder seine Ansichten, noch seinen Geschmack theilten! Wie konnte er darüber überhaupt nur das leiseste Bedauern empfinden? War ihr Weg nicht ein ganz anderer als der seinige? Würde es früher oder später nicht gerade so gekommen sein, wie jetzt? Es war besser, daß er sie bei Zeiten verlor!

wir gleich gesagt, wird geschehen, die Zeugen sind nach berühmtem Muster zu Angeklagten geworden, und Herr Feichter, dem als Kläger der Eid zusteht, wird weißgebrannt in lüthenhafter Reinheit aus dem Schmelzofen der gerichtlichen Verhandlung hervorgehen. Er hat ja „Schweinhund“ und dergleichen nur „referirend“ gesagt, wie der vielgewandte Staatssekretär von Bötticher, der ja auch „nur referirte“, uns im Reichstage erzählt hat.

Die Hundstage sind da, und der Norddeutsche Zeitungs-Bindter leitartikel über ein „vermeintliches System des Militarismus“.

„Der alte Gott.“ Wie man sich noch erinnert, enthielt der amtliche stenographische Bericht des Reichstages jene kurze Ansprache nicht, die der Kaiser bei der Eröffnung nach der Verlesung der eigentlichen Thronrede an die Abgeordneten richtete. Das Bureau des Reichstages hat infolge dessen eine neue Auflage des Berichtes über die Eröffnungssitzung herstellen lassen, in der auch die früher fehlenden Worte enthalten sind. Sie lauten nach der amtlichen Feststellung:

„Und nun, meine Herren, geben Sie hin; unser alter Gott sehe auf Sie herab und leibe Ihnen Seinen Segen zum Zustandebringen eines ehrlichen Werkes zum Wohl unseres Vaterlandes!“

Nur das „Amen“ der ursprünglichen Lesart ist fortgefallen.

Die Bismarck'schen Ratten knurren wieder am Allgemeinen Wahlrecht herum. Während der Wahlbewegung schworen sie heilig und theuer, sie hätten nie daran gedacht, ihm zu Leibe zu gehen, und würden nie daran denken. Jetzt, gleich nach der Wahl, ist das lichte Auge ungeheuer schon eifrig dabei, an dem verhassten Volk herumzunagen und zu beißen. Verschiedene Broschüren und Zeitungartikel, die an sich ganz werthlos sind, bekunden die Arbeit der Bismarck'schen Ratten, die das deutsche Volk aber, sobald es an der Zeit ist, mit kräftigem Fußtritt „zerschmettern“ wird, wie der Rattensänger und Rattenseher von Friedrichruh weiland „zerschmettert“ worden ist. Apropos, ob er auch „graue Mäuse“ sieht?

Der Fall Hilger. Die die „Erf. Volks-Zeitung“ erfährt, hat Graf v. d. Schulenburg zu Haus Höfte, der mit dem Bergassessor Hilger den bekannten Konflikt gehabt hat, gegen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wegen der in der Nr. 87 unter der Spitzmarke „Katholischer Mannesmut“ oder „ultramontane Freigebit“ ausgesprochenen Verleumdungen Strafantrag beim hiesigen Landgericht gestellt.

Die neueste Lüge der Molochdiener. Die Annahme der Militärvorlage habe in Frankreich wie ein Donner Schlag gewirkt; die Franzosen seien ganz außer sich, daß sie in ihren Hoffnungen betrogen worden — das ist die neueste Lüge unserer deutschen Molochdiener. Die Wahrheit ist: in Frankreich hat der Sieg des Militarismus gerade so wenig überrascht wie in Deutschland, und auch genau dieselben Gefühle erweckt wie in Deutschland. Die Chauvinisten und Reaktionen freuen sich, weil die Nordkultur eine neue Galgenfrist erlangt hat, und alle Freunde des Fortschritts bedauern es, daß die Unkultur noch einmal über die Zivilisation gesiegt hat. Aber in Frankreich wie in Deutschland wissen die Vorkämpfer der Humanität auch, daß die Tage des Militarismus gezählt sind.

„Freie Wissenschaft.“ Die Universitätsbehörden in Straßburg i. E. haben nach einer Mittheilung der „Wes.-Ztg.“ in Straßburg jetzt ebenfalls eine Untersuchung gegen einige Studenten eröffnet, die angeschuldigt sind, an den „Ruhestörungen“ bei den letzten Wahlen theilgenommen und sozialistische und deutschfeindliche Propaganda gemacht zu haben. — Warum haben die Verbrecher nicht als „staatsverhaltende“ Schleppe und Demuzianten gewirkt? Die Vorbeeren des Freiburger Bergakademie-Senats lassen die Straßburger nicht schlafen.

Nationalliberaler Wahlschwindel. Ein bössartiges Wahlmanöver wurde, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, im ersten Meiningen Wahlkreise von nationalliberaler Seite unmittelbar vor der Stichwahl zwischen dem nationalliberalen und dem freisinnigen Kandidaten ausgeführt. Es erhielt nämlich jeder Wähler, der einen

Und, indem er so bei sich sprach, sah er die zierliche Gestalt Magdalenes vor sich, wie sie vor Frost zusammenschauerte, als er sie das erste Mal gesehen. Er sah das feine Lächeln und den offenen Blick Johanna's! Er hörte ihre tiefe, wohlklingende Stimme und überraschte sich dabei, wie er seufzte. War er etwa verliebt? Unruhig legte er sich diese Frage vor. Die Deschamps hatten wahrhaftig in seinem ganzen Leben, in seinem Herzen mehr Raum gewonnen, als er jemals hatte ahnen können. Ja, es waren zwei schwarze Augen, die ihn so mächtig fesselten. Ja, der Gedanke, daß Johanna die Frau dieses Tölpels von Sigismund werden sollte, versetzte ihn in Zorn. Unmöglich, nun noch daran zu zweifeln! Wenn er noch nicht verliebt war, so war er doch auf dem besten Wege, es zu werden.

Welches Glück, daß jetzt alles, alles zu Ende war! Vater Deschamps hatte die werdende Liebe zu Johanna mit der Wurzel aus seinem Herzen gerissen. Einige Tage, vielleicht einige Wochen weiter, und die Wunde war verheilt und schmerzte nicht mehr.

Das hinderte nicht, daß er augenblicklich noch sehr stark litt. Er schleuderte langsam auf Gerathewohl dahin, um seinen Kummer zu ermben und abzuschütteln. Als er spät nach der Wurstlostrafe zurückkam, fand er das ganze Haus in Aufregung. Die alte Noth suchte ausgegost nach einem Flaschen Aether. Frau Savenay war beim Empfang einer Depesche ohnmächtig geworden, und Germaine hatte den Kopf verloren. Andros stürzte in den Salon, wo seine Mutter moit, kraftlos und blaß wie eine Leiche auf dem Sopha lag. Langsam kam sie wieder zu sich, öffnete die Augen, ließ die Blicke verwirrt umherschweifen, und als sie ihre beiden Kinder vor sich sah, brach sie in Schlußzen aus. Sie zog sie heftig an ihre Brust ohne ein Wort sprechen zu können.

„Ach, meine Kinder, meine armen Kinder,“ rief sie endlich zitternd heraus. „Ihr seid ruiniert! Bressiere, unser Bankier, bei dem unser ganzes Vermögen untergebracht war, hat sich das Leben genommen.“

Ende des ersten Theils.

Sohn beim Militär stehen hat, unter Rouverf folgende Aufschrift:

Wählen Sie Herrn Prof. Dr. Paasche in Marburg! Herr Dr. Paasche tritt für die sofortige Einführung der zweijährigen Dienstzeit ein. Ihr bei dem Militär dienender Sohn würde daher bei Annahme der Militärvorlage nach beendeter zweijähriger Dienstzeit sofort entlassen werden. Die Gegner des Herrn Paasche wollen dagegen ein Gesetz über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Bis das Gesetz aber zu Stande kommt, wird Ihr Sohn seine drei Jahre lang abgedient haben. Denn, wenn die Herrschaft nicht zu Stande kommt, giebt es keine Dispositionsurkunden mehr. Da bist Ihnen kein Landrath, kein Bürgermeister, kein Schultheiß! Ihr Sohn muß unter allen Umständen seine drei Jahre dienen. Wählen Sie daher Herrn Prof. Dr. Paasche in Marburg! Bestimmen Sie auch alle Ihre Ortsnachbarn, Herrn Paasche zu wählen, sorgen Sie, daß am Wahltag niemand der Wahl fern bleibe, sondern daß jeder wähle und Herrn Paasche seine Stimme gebe! Ein Landwehrmann!

Natürlich fragte man sich zunächst, wie denn der Landwehrmann in den Besitz der Adressen gelangt sei aller derjenigen Wähler, welche einen Sohn beim Militär stehen haben. Später entdeckte man, daß die Adressen an die Soldatenväter zum Theil von einem Beamten im Staatsministerium selbst geschrieben worden waren, der dem nationalliberalen Centralausschuß sehr nahe steht und sich bei der Wahlagitatio sehr hervorgethan hat.

Aus dem Reiche des Herrn Thielen. Seit etwa zehn Jahren, so schreibt unser Breslauer Bruderblatt, die „Volkswacht“, wurde den Beamten und Arbeitern der Breslauer Staatseisenbahn-Verwaltung (Ober-Ober-Oberbahn) das Leitungswasser während der heißen Jahreszeit durch Eis gekühlt. Es geschah dies dadurch, daß über den Leitungsröhren Behälter mit eisernen Röhren angebracht und zwischen letztere Eisstücke gelgt wurden. Das verursachte eine Ausgabe von täglich etwa 50 Pfennig. Diese mit ziemlichen Kosten verknüpften Anlagen sind geblieben — aber das Eis wird aus Rücksichten der Sparbarkeit (siehe Militärvorlage!) nicht mehr gekühlt. Ein anderes erfrischendes Getränk zu genießen, ist nach den bestehenden Vorschriften streng verboten. Herr Thielen, Preussens Eisenbahnminister, weiß zu sparen!

In einem Augenblick, wo der Reichstag die Militärvorlage nebst Nachtragsset zum Beschluß erhebt und so die einzelstaatlichen Matrikularbeiträge wiederum um einen erheblichen Posten Millionen erhöht, ist eine Strafkammerverhandlung von doppeltem Interesse, welche dieser Tage in Soest stattfand. Ein Rangirer auf dem dortigen Bahnhofe hatte sich wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu verantworten. Seine Schuld muß wohl erwiesen gewesen sein, denn er wurde verurtheilt. Jedoch nur zu einem einzigen Tage Gefängniß, und das hatte folgende Bewandniß, wenigstens nach den Mittheilungen der „Dortm. Btg.“: Das Gericht selbst erkannte an, daß auf jenem Bahnhofe an unrichtiger Stelle geparkt wird. Der Vorsitzende betonte, die Oberbehörde möge Veranlassung nehmen, die Uebelstände abzustellen und auch ausreichende Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, damit alle Vorkehrungsmaßregeln zur Ausführung gelangen könnten. Das genannte Dortmunder Blatt fügte seinem Berichte über die Gerichtsverhandlung hier die interessante Bemerkung ein, es seien bekanntlich gerade auf dem Soester Bahnhofe kürzlich zahlreiche Entlassungen von Hülfskräften vorgekommen, was sich mit dem Mangel an dem nöthigen Personal nicht zusammenreimen lasse; er fährt dann fort: Vorstellungen um Abhilfe beantwortete der Bahnhofsvorstand mit Abscheu, die vorgesehene Behörde bewilligte keine Leute. Der Dienst der Arbeiter ist ein sehr anstrengender, er währt von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, ohne daß den Leuten Zeit vergönnt wird, während dieser zwölf Stunden ordentlich zu essen.

Den Diktaturparagraphen soll man in Elsaß-Lothringen als Sozialistengesetz verwenden, die Arbeiterbewegung gewaltsam unterdrücken, die Sozialdemokraten ausweisen. So fordert es ein Berliner Brief der „Münchener Allgemeinen Zeitung“, als ob die heutigen Ausnahmestände nicht schon arg genug wären. Aber keine Gewaltmaßregel hält den Lauf des Sozialismus auf.

Die Antisemiten und ihre Wähler. Wie die Wortführer der antisemitischen Reformpartei ihre Auftragegeber, die Wähler, gepreßt haben, ergiebt die nachstehende urkundliche Zusammenstellung.

Am 6. Mai 1893 stimmten die Abgeordneten Dr. Böckel, Zimmermann und Werner gegen die Militärvorlage. Herr Dr. Böckel begründete seine Abstimmung und die seiner beiden Parteifreunde, indem er ausführte:

„Ich habe im Auftrage der Herren Abgg. Zimmermann und Werner, sowie für mich selbst zu erklären, daß wir gegen die Militärvorlage und gegen den Antrag v. Duene stimmen werden, und zwar bezogen uns dazu die traurigen wirtschaftlichen Zustände unseres Volkes. Wir können angesichts derselben keine neuen Steuern und keine neuen Lasten mehr bewilligen.“

Im darauffolgenden Wahlkampfe nahmen diese Antisemiten eine andere Stellung ein, die wegen ihrer Unklarheit vielfach Bedenken erregte, so daß, wie der „Volkswille“, unser hannoversches Bruderblatt, treffend darlegt, die „Deutsche Wacht“ vom 4. Juni 1893, sich eine Erklärung des Böckel'schen „Reichsherold“ zu eigen machte, kundgab:

„Die Militärvorlage wird von uns dann bewilligt werden, wenn zuvor 1. die zweijährige Dienstzeit gesetzlich bestimmt und die dreijährige Dienstzeit der Fußtruppen abgeschafft ist; 2. die Kosten der Militärvorlage nicht vom Volke, sondern von der Baise und den Großkapitalisten getragen werden. Das Volk darf mit keinem Pfennig Steuer mehr belastet werden.“

Am 7. Juli, als der neue Reichstag wieder zusammengetreten, erklärte Reichskanzler v. Caprivi:

Wir haben drei Grundzüge hingestellt. Einmal wollen wir versuchen (A), die Börsensteuer, an der auch allerlei Bemängelungen gemacht werden, anders und ergiebiger zu gestalten. Dann wollen wir versuchen (B), die Steuern, deren wir bedürfen, auf die leistungsfähigsten Schultern zu legen, die schwächeren Kräfte zu schonen. Und endlich wollen wir angesichts der schwierigen Lage, in der die Landwirtschaft (Was ist das? Landwirtschaft!) Großunter mit den Viehegaben, Zollgewinnen, Zuckereportprämien u. s. w. oder die nichtlebenden Kleinbauern und Landarbeiter? (Red. d. B.) sich befindet, danach trachten, das landwirtschaftliche Gewerbe von neuen Steuern freizulassen. (Echtes Bravo rechts.) Es ist ja begreiflich, daß bei dem komplizierten Mechanismus des

Reiches und bei der Schwierigkeit des Gegenstandes wir noch nicht im Stande sind, Ihnen jetzt andere Vorklagen zu machen. Es werden noch Monate vergehen, bis wir so weit sind, daß ich im Stande wäre, zu sagen: Die verbündeten Regierungen haben die und die Absichten.“

Am folgenden Tage, am 8. Juli ergriff Herr Dr. Böckel das Wort. Er gab auf obige Ausführungen des Kanzlers folgende Antwort:

Wir geben gerne zu, daß gegenwärtig unsere Stellung zur Regierung sich zu deren Gunsten etwas verändert hat; aber wir müssen, bevor wir zustimmen, noch weitergehende Garantien seitens der Regierung verlangen. . . . Wir können uns mit den gestern von dem Herrn Reichskanzler abgegebenen Erklärungen noch nicht ganz und voll zufrieden gestellt erklären. . . . Wir machen unsere Zustimmung davon abhängig, daß der Herr Reichskanzler uns eine bestimmte Erklärung wenigstens dahin abgibt, daß keine neuen Konsumsteuern, welche die breiten Massen des Volkes belasten, keine Bier-, keine Tabak-, keine Branntwein- oder sonstige Steuern gefordert werden sollen. Von dieser bestimmten Erklärung machen wir unsere Stellung zur Militärvorlage abhängig.“

Ferner verlangte Dr. Böckel noch, daß die Reichsanleihen nicht mehr vergrößert und daß die Deckung nicht durch Erhöhung der Matrikularbeiträge geschehen solle. Nach dieser Richtung verlangte er aber nun schon nicht mehr eine bindende Erklärung des Kanzlers, obwohl eine Besteuerung dieser Art wieder die minder bemittelte Bevölkerung treffen würde. Reichskanzler v. Caprivi antwortete dem Dr. Böckel, er halte die Anleihen und die Matrikularbeiträge für sehr able Dinge, aber es lasse sich nicht so gleich etwas dagegen thun. Bezüglich der Konsumsteuern, worüber Dr. Böckel eine bestimmte Erklärung gefordert hat, sagte der Kanzler kein Wort! Vielmehr erklärte er: „Ich würde fürchten müssen, den Vorwurf zu verdienen, daß ich unehelich wäre, wenn ich jetzt eine andere Antwort geben wollte, als die, welche ich gegeben habe.“

Am letzten Donnerstag fand die Abstimmung statt über § 1 der Militärvorlage, Erhöhung der Friedenspräsenzstärke auf 479 229 Mann, und siehe da: Der Mund Derer um Böckel öffnete sich zu einem Jal Nach auffälliger hat der Abg. Zimmermann, der Vertreter der Residenzstadt Sachsens, seinen Anfall vollzogen. Am Dienstag, den 11. Juli, fand im „Zwölfe“ in Dresden eine antisemitische Versammlung statt, in welcher nach den „Dresdener Nachrichten“ eine Resolution beschloffen wurde, in der es heißt:

Die Wähler der Reformpartei erwarten, daß durch unsere Vertreter womöglich noch weitere Verfügungen für die Deckung der Mehrkosten in unserem Sinne von der Regierung gefordert und erlangt werden und wenn es dazu auch erst zwischen der zweiten und dritten Lesung der Vorlage kommen sollte.

Ohne eine weitere Erklärung von der Regierung erhalten zu haben, erklärte zwei Tage später der Abg. Zimmermann im Reichstage, die Antisemiten seien durch die frühere Aeußerung des Reichskanzlers zufrieden gestellt. Wegen der Haltung der sächsischen Antisemiten bei der Militärvorlage macht sich denn auch, wie aus Sachsen berichtet wird, in den verschiedensten Gegenden Sachsens die Entrüstung in sehr groben Ausdrücken Luft. Einige der in Sachsen gewählten antisemitischen Abgeordneten haben die Stimmen sehr zahlreicher Wähler des Mittelstandes nur deshalb erhalten, weil sie versprochen, für die Militärvorlage nur unter der Bedingung zu stimmen, wenn die Regierung klare und unerschütterliche Garantien dafür gebe, daß Mittelstand und Arbeiterstand von den Kosten der Militärvorlage verschont bleibe. Ein in Handwerkerkreisen viel geliesenes Dresdener Blatt, welches selbst für antisemitische Kandidaten eingetreten ist, schreibt jetzt: „Die antisemitischen Abgeordneten Zimmermann und Genossen haben ihr Spiel mit den Wählern getrieben, haben dieselben getäuscht“ u. s. w. Zahllos sind die stark injuriösen Ausdrücke, mit denen man jetzt in Dresden die Haltung der antisemitischen Reichstags-Abgeordneten zur Militärvorlage bezeichnet. Je eher die hinteres Licht Gefährten den antisemitischen Verrath erkennen, um so besser für sie und das gesammte Volk.

Ein ungarisches Futtermittel-Verbot für Heu und Stroh steht bevor.

Schweiz. Wegen eines schweizerischen Heu-Ausfuhrverbotes hat das Landwirtschafts-Departement in Bern an die Kantonsregierungen folgendes Kreis Schreiben erlassen: „In der Presse ist kürzlich ein Heu-Ausfuhrverbot verlangt worden. Wir halten zwar ein diktirtes Verbot verfassungsgemäß nicht für zulässig, dagegen könnte die gleiche Wirkung durch einen entsprechenden Ausfuhrzoll auf Heu und eventuell andere Futtermittel erzielt werden. Bevor wir jedoch dem Bundesrath einen derartigen Antrag unterbreiten, bitten wir Sie, uns beiförderlich mitzutheilen, ob Sie eine so außerordentliche Maßregel für notwendig und gerechtfertigt halten.“

Ganz wie bei uns. Ein bürgerliches Schweizerblatt, die demokratische „Zürcher Post“, schreibt über den Geschichtsunterricht in den schweizerischen Schulen:

„Noch immer wird leider die Geschichte nach Wunsch und Bedürfnis der herrschenden Kreise zurechtgeschnitten. . . . Von den Schlachten und Beutegängen der alten Aebnen weiß der junge Schweizer mehr als ihm zuträglich ist; über die Leiden und Marter, die dem Volke von seinem Herrenthum angethan wurden, über die Morgenröthe der Helvetik (der durch Frankreich errichteten schweizerischen Republik 1798—1814), über die Arbeit, das Ringen und Streben der ihm am nächsten stehenden Generationen ist er zum Erbarmen unterrichtet. Am politischen Himmel ist die demokratische Sonne aufgegangen, aber in unsere Geschichte hinein hat sie noch wenig aufhellende Strahlen geschickt. Noch immer wird sehr mit Reserve, ja fast mit Trauer von wirklich demokratischen Bewegungen gesprochen und demokratische Persönlichkeiten meist man mit alter konservativ-monarchischer Aue. Mehr vaterländische Geschichte in unseren Schulen!“ So thut es ja weilen im Chor. Ist's einmal so weit, daß die Geschichte der Freiheit und nicht der „Ordnung“ die Ehre giebt, dann stimmen wir ein in jene Forderung; vorher nicht!“

Die belgische Abgeordnetenkammer hat am 18. Juli in nicht öffentlicher Sitzung trotz Widerspruch des Ministeriums beschlossen, jedem Abgeordneten 4000 Fr. jährliche Entschädigung und ständige freie Fahrt auf allen Eisenbahnen zu bewilligen.

Der Termin für die französischen Wahlen ist noch nicht festgesetzt. Nachdem wir vor drei oder vier Wochen schon offiziell erfahren hatten, daß sie auf den 20. August festgesetzt seien, und nachdem diese Mittheilung vor 8 Tagen anscheinend offiziell bestätigt worden war, meldet uns heute ein Telegramm aus Paris, daß Herr Dupuy, Präsident des französischen Ministeriums, in der gestrigen Kammer Sitzung die Erklärung abgegeben hat, der Wahltag sei noch nicht festgesetzt. Da die früheren Mittheilungen unzweifelhaft nicht aus der Luft gegriffen waren, so finden wir uns zu dem Schlusse gedrängt, daß die französische Regierung plötzlich anderen Sinnes geworden ist, und noch einer längeren Frist zu bedürfen glaubt, um mit einiger Aussicht auf Erfolg die Wahlen „leiten“ zu können. Wir freuen uns darum dieser Sinnesänderung, denn sie beweist, daß die Sache der Regierung schlecht steht.

Eine Muster-Republik ist die französische — das muß man ihr lassen. Jetzt hat das Ministerium die Ausweisung des italienischen Sozialrepublikaners Cipriani beschlossen. Die gesammte radikale Presse lehnt sich aber gegen die schmähtliche Maßregel auf, und vielleicht gelingt es, die Regierung zur Rücknahme zu zwingen.

Die Siamesische Schießerei hat sowohl im englischen als im französischen Parlament zu Debatten geführt. Wie es scheint, sind die Franzosen auf der Suche nach einem anständigen Rückzug. Ein theurer Spaß wird's aber doch werden.

Nachdem obiges geschrieben, kommt die Nachricht, daß die französische Regierung ein Ultimatum an die Regierung von Siam gerichtet hat und außer einer „Genehmigung“ und „Entschädigung“ (für die von den Herren Franzosen selbst veranlassenen Gewaltthatigkeiten) auch eine Gebietsabtretung fordert. Dafür, daß die Franzosen die Sache nicht allzu weit treiben, wird die Eifersucht der Herren Engländer sorgen.

Der englische Bergarbeiterstreik. Die Würfel sind gefallen. Eine Urabstimmung unter den englischen Bergarbeitern hat den fast einstimmigen Beschluß ergeben, die Lohnreduktion von 25 pCt. abzulehnen und sofort in den Streik einzutreten. Nur die Bergarbeiter von Northumberland und im Durham-Revier, denen die Lohnreduktion bisher nicht zugemuthet ward, haben sich an diesem Beschlusse nicht betheiligt; sie empfehlen eine scheidrichterliche Entscheidung. Nach diesem Resultat der Urabstimmung ist kaum mehr zu zweifeln, daß die heute tagende Delegirten-Konferenz des Bergarbeiterbundes den Streik beschließen, jedoch vermuthlich die Arbeiter von Durham und Northumberland ausnehmen wird.

Der italienische Bankandal kommt vor die Gerichte, aber erst nachdem die Hauptschuldigen, einflußreiche Politiker, Minister u. s. w. sich saldir haben. Nun kann man die subalternen Sündenböcke in die Wüste jagen. Die Anklage hält Tanlongo, dem Ergewaltigen der Banca Romana, und mit ihm seinen Spießgesellen, seinem Sohne Pietro und den zwei Herren Lazzaroni ein ganzes Sündenregister vor: daß sie achtundzwanzig Millionen Lire veruntreut, daß sie Banknoten gefälscht und unrechtmäßig ausgegeben, daß sie Staatsbeamte bestochen haben. Die Zahl der Theilnehmer an den Vergehen Tanlongo's ist groß — die Anklageericht, fast ein umfangreiches Buch, stellt auch noch eine ganze Anzahl anderer Personen an den Pranger, klagt den Sektionschef Jammarano der Bestechlichkeit, den Generaldirektor im Handelsministerium, Monzilli, der Mißthand an den Veruntreuungen Tanlongo's, der Bestechlichkeit und der Fälschung von Amtsberichten an, und in diesen Personen ist nicht einmal die Reihe der Beschuldigten erschöpft. Die großen Spießhüben aber läßt man laufen. „Man“ fühlt sich nämlich solidarisch.

Serbien. In Serbien ist bekanntlich — was bei den zahmen und polizeifreunden Völkern nicht mehr vorkommt — ein Ministerium in Anklagestand versetzt worden, und gegenwärtig spielt der Prozeß sich ab. An sich bietet derselbe nicht viel des Interessanten. Die siegreiche Partei sieht über die besiegte zu Gericht — das ist eine alte Geschichte und der Lauf der Welt. Interessant in diesem Falle ist nur die Thatsache, daß das angeklagte Ministerium „liberal“, d. h. nach serbischer Parteibezeichnung anti-russisch, und das anklagende „radikal“, d. h. russisch gesinnt ist. Serbien ist nämlich der einzige Kleinstaat der Balkanhalbinsel, der sich dem russischen Einfluß noch nicht entzogen hat, sondern zwischen der österreichischen und der russischen „Machtsphäre“ hin und her taumelt. Das jetzt angeklagte liberale Ministerium ist deshalb auf der Anklagebank, weil es den österreichischen „Rathschlägen“ mehr folgte als den russischen — und dadurch erlangt dieser serbische Froschmäulerkrieg eine gewisse weltpolitische Bedeutung.

Die Silberfrage in Indien. Im englischen Unterhause erklärte Gladstone gestern auf eine Anfrage, daß die Verhältnisse in Indien analog den Zuständen Oesterreich-Ungarns in den Jahren 1879 bis 1891 sind, wo der Silbergehalt ebensfalls als Wertreter des alten Systems legales Zahlungsmittel war, obwohl die Münzen der Privatprägung des Silbers verschlossen waren. In Indien solle jetzt die Silberprägung nicht nach der Bequemlichkeit der Regierung, sondern nach dem wirklichen Umlaßbedürfnis des Landes geregelt werden.

Der geplante Barentref, d. h. der Zug der Buren in das südafrikanische Kolonialland ist von den deutschen Kolonialbehörden verboten worden. Das Verbot ist leicht, aber schwer wird es sein, die streitbaren Buren, die, wie die „Vossische Btg.“ mit Grausen meldet, ihre republikanischen Einrichtungen mit in die neuen Siedlungen bringen und unter anderem Befreiung vom Militärdienst fordern, falls sie sich um das Verbot nicht kümmern, zum Gehorsam zu zwingen. Die Sache ist jedenfalls — nach Erfahrungen, die die Engländer früher mit angeklügten Barentref's gemacht — noch nicht zu Ende.

Briefkasten der Redaktion.

E. S. Niemand der Verwandten der Nichts tritt an stelle der Nichts, falls das Testament sich nicht darüber äußert; anders läge es, wenn die Nichts nach der Tante gestorben wäre.

O. S. Die empfangene Unterstützung giebt die Berechtigung, Sie vom Wahlrecht auszuschließen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 20. Juli.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Orpheus in der Unterwelt.
Proll's Theater. Der schwarze Domino.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Alexanderplatz - Theater. Das Käthchen von Heilbronn.
Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Raufmann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen von Eugen Prudens. Musik von Adolph Widoeks.
Regie: M. Samst.
Hauptrollen: Elia Nizoni, Athletin, gen. d. Kanonenkönigin, Penny Schmid, Mary Brown, Kunstfängerin: Mathilde von Hungen, Carl Lehmann: Hugo Hummel, Elise, Lehmann's Frau: Clara Brehm, Heinrich Schimo, Jean Peiver, Kathi, Leni, Toni, Jiti, Hannu, Anny: Tanzfängerinnen.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten auf der Sommerbühne: Aufführung von Einaktern und Auftreten von Spezialitäten I. Ranges.
Neues Programm.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.
Grösstes
Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.
Entree 50 Pf.

Castan's Panopticum.
Riesen-Schlangen-Familie
aus Carl Hagenbeck's Thierpark.
Ohne Extra-Entree.

Schweizer-Garten.
Am Königsthor.
Haltestelle der Ringbahn.
Sonntag sowie täglich:
Extra-Vorstellung
mit neuen Spezialitäten.
Garreton-Troupe.
Familie Grunatho.
Gebr. Beyer u. f. W.
Theater-Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art.
Täglich:
Entree 30 Pf. Grosser Ball.

Victoria-Bräuerei. Lühowstraße 111-112.
Garten resp. Saal. (außer Sonnabends)
Täglich
Stettiner Sänger.
Stets wechselndes Programm.
Anfang Sonntag 7 Uhr, Montag 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf-Billets Sonntags keine Gültigkeit.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf.
4127L* **Helmut Peters.**

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.
Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Heute, Donnerstag, den 20. Juli:
Große Brillant-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Zum 13. Male.
Die Erschaffung des Weibes
oder:
Das Weib durch die Jahrhunderte.
Gr. Ausstattungspantomime mit Ballet mit durchweg neuen Dekorationen, Kostümen, Requisiten u. Geschl. geschichtl. Inszenirt vom Dir. Ernesto Ciniselli. Arrangements u. vornehmende Länge vom königl. italienischen Balletmeister Ant. Tignani.
Ferner Auftreten der renommiertesten Künstler und Künstlerinnen, sowie Reiten und Vorführen der bestreflesten Schul- und Freizeitspferde.
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Hippodrom unter Wasser.
BERLINER HIPPODROM
Am Kurfürstendamm.
2 Min. von Station Zoolog. Garten.
Heute:
Gr. Extra-Vorstellung.
Miss Athene und Mr. Hajox. Thurnsweil-Künstler.
Sigr. Elisabetta, Jagd-Schule.
Neu! Grosser Lacherfolg. Neu!
Am Strande von Ostende.
Gr. Wasser-Pantomime in 12 Bildern v. Arthur Fraenkel. Ballets arrang. von Eug. Clebus, Musik v. Kapellmeister Beranek; ant. Mitwirkung von 300 Damen, 200 Herren, 80 Pferden, 30 Wagen etc. Grosses Corps de ballet, Ruder-Regatta, Schnitzeljagd, Feuerwerk etc.
Susanne im Bade.
Im prachtv. Park von 5 Uhr ab:
Grosses Concert.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Preise der Plätze: 4, 3, 2, 1 M.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sänger vom Krystall-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Ostbahn-Park
am Kärntner Platz, (Hermann Imbs)
Rüdorsdorferstr. 71, am Ostbahnhof
Täglich: Concert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu u. sensationell: 3 Schwestern Poretti, Kunstschachfaherinnen, Emmy u. Reinhold Hintscho, Gesangs- u. Charakter-Duettsisten etc.
Volksbelustig. jeder Art. 4 Regelmässige u. Verfügbare. Kaffeeküche geöffnet an Wochentagen von 2 bis 6 Uhr, Sonntags von 2-5 Uhr.

Etablissement Buggenhagen.
Mortk-Platz.
Täglich: **Gr. Garten-Concert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von **Parkhofs Lagerbier.** hell und dunkel.
Bei ungünstiger Witterung findet das Concert in den unteren Restaurationsräumen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerje, Festlichkeiten etc.

Beyler's Restaurant u. Garten Rixdorf.
84 Hermann-Strasse 84.
Donnerstag, den 20. Juli:
Gr. Wohlthätigkeits-Concert
für die durch die Ueberschwemmung Verunglückten in Schneidemühl veranstaltet v. Musikdir. Drn. Schwarz.
Entree 20 Pf.
Jeder Edeldenkende ist hierzu ganz ergebenst eingeladen. 991b

Restaurant „Lindenhof“ Stolpe
am kleinen Wannsee
hält sich zu Ausflügen den geehrten Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Belustigungen aller Art. Regelmässige u. Kaffeeküche zur Verfügung.
Kremsier am Bahnhof Wannsee.
4198L* **A. Mattausch.**
Vereinzimmer zu vergeben. Jacob, Inselstr. 1. 947b

Unserm Freund und Genossen Julius Gente zu seinem heutigen Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch.
Nach Dir das mal ab. 975b
Mehrere Genossen Berlin L.

Todes-Anzeige.
Allen Genossen, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß am 17. d. M. mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Onkel
Rudolf Grunwaldt
an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Um stilles Beileid bitten 984b
Sophie Grunwaldt geb. Gerloff
nebst Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Juli, Nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Charitee-Krankenhauses aus statt.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern des Sozialdemokr. Wahlvereins des 6. Kreises zur Nachricht, daß Genosse
Rudolf Grunwaldt
am 17. d. Mts. an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. M., Nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle der Charitee, Hannoverstraße, aus statt. Um zahlreiche Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Freunden und Genossen die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, der Hutmacher
Karl Polvogt
am 18. Juli, Nachmittags 4 Uhr, entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag Abend 7 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Zwölfs-Apostelkirchhofes aus statt.
Die trauernde Wittwe
Marie Polvogt geb. Reinhardt
nebst Kindern, Frobenstr. 28.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß unser Sangesbruder, der Hutmacher
Carl Pohlvogt
am Dienstag Nachmittags 4 Uhr gestorben ist. Beerdigung findet am Freitag, den 21. d., Nachmittags 7 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Zwölfs-Apostelkirchhofes in Schöneberg statt.
Gesangverein Freiheit L.
Allen Freunden, Bekannten und Kollegen zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser hertzguter Vater, der Buchdrucker
Karl Pinkpank
am 17. d. M. nach kurzen aber schweren Leiden verstorben ist. 983b
Die Beerdigung findet am 20. d. M., Nachmittags 7 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes in Brix statt.
Auguste Pinkpank und Kinder.

Montag, den 17. Juli, Vorm. 10 Uhr, starb nach achttägigem Krankenlager unser lieber Kollege, der Buchdrucker
Karl Pinkpank
im noch nicht vollendeten vierzigsten Lebensjahre. Die Beerdigung findet Donnerstag, Abends 7 Uhr, auf dem Neuen Jakobi-Kirchhof in Rixdorf (Hermannstraße) statt.
Seine Freunde aus der H. P.

Hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenmeister
Karl Pinkpank
am 17. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, Abends 7 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhof, Brix statt. 976b
Um rege Theilnehmung bittet
Der Vorstand d. Maschinenmeister-Vereins „Gutenberg“.

Todes-Anzeige.
Nach langem und schwerem Leiden verstarb am 17. Juli mein innigst geliebter Mann, unser Vater, der Metallbrücker
Julius Winne. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Juli, Nachm. 5 Uhr, von der Charitee aus nach dem Sophien-Kirchhof, Gesundbrunnen, statt. 980b
Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

Kranken- u. Sterbe-Unterstützungskasse der Berliner Hausdiener.
Den Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Adolf König
am 17. d. an Darmverschlingung plötzlich verstorben ist. 977b
Beerdigung Donnerstag, den 20. ds., Nachmittags 5 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Moabit, Kirchstr. 28.
Der Vorstand.

Roh-Tabak Sumatra-Deckblatt v. 140 Pf. an, Java-Umblatt u. Einlage v. 90 Pf. an, Carmen-Umblatt v. 100 Pf. an, sowie sämtliche anderen Sorten. 4005L*
G. Elkhuyzen, Alte Schönhauserstr. 5.

Gedächtniss-Feier für August Geib
arrangirt von dem
„Sozialdemokr. Lese- und Diskutir-Klub August Geib“,
am Sonntag, den 23. Juli,
im Lokale **Königsbank**, Gr. Frankfurterstraße 117,
bestehend in
Vocal- und Instrumental-Concert
ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivilberufsmusiker unter gefälliger Mitwirkung der Gesangvereine **Fris** und **Sangescho** (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes.) Vorträgen ernst und heiteren Inhalts, lebenden Bildern und Pantomime.
Im Saale: **Grosser Sommernachtsball.** Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung.
Kasseneröffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.
Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
Das Komitee.

Berliner Gewerkschafts-Kommission.
Freitag, den 21. Juli, Abends 8 1/2 Uhr:
Öffentl. Versammlung der Delegirten
im Lokale des Herrn **Ehrenberg**, Innenstraße 16.
Tagesordnung:
1. Anträge des Ausschusses. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Wahl von drei Revisoren. 4. Die Einführung der Arbeiter-Kontrollkarte in Bäckereibetrieben. 5. Das Submissionswesen.
In Anbetracht der reichhaltigen Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen der Delegirten unbedingt nothwendig.
Der geschäftsführende Ausschuss.
274/7

Zentral-Verband deutscher Maurer.
(Filiale I und II Berlin.)
Sonntag, den 22. Juli 1893, im „Schweizer Garten“,
am Königsthor:
Feier des III. Stiftungsfestes
bestehend in Concert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung,
Ball und Gesangsvorträgen
des **Gesangvereins Gemüthlichkeit** (Mitgl. des N.-S.-B.)
Kaffeeküche von 3-6 Uhr. Anfang des Concerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets à 30 Pf. sind zu haben bei Schigolski, Schwedterstr. 27; Schulz, Putzmeisterstr. 19; Matthes, Diederhofsenerstr. 5; Simanowski, Ackerstraße 57; Kuhring, Mariendorferstr. 16; Bolze, Weidenweg 28; Thielecke, Schöneberg, Magistrate 2; Nordmann, Oppelnerstraße 34; Thonig, Oppelnerstr. 19; Kelpin, Demminerstr. 11; Hannemann, Heimstr. 23; Köller, Borsigstr. 24; Simanowski, Ackerstr. 101; Schmiel, Yorkstr. 62 bei Hannemann; Gräschoke, Stephanstr. 36 sowie in den mit Plakaten belegten Lokalen. 245/18

Friedrichsberg.
Sonntag, den 23. Juli, Vorm. 11 Uhr, im Saale des Herrn **Spitzig**, Frankfurter Allee Nr. 193:
Große öffentliche Volksversammlung für den Kreis Niederbarnim.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Arthur Stadthagen** über: „Der Kampf gegen den internationalen Militarismus und Stellungnahme zum internationalen Kongress in Zürich“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten zum Kongress. 4. Verschiedenes. [988/15] **Der Vertrauensmann.**

Am Montag erscheint:
Verhandlungen und Beschlüsse
des
Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel.
16. bis 22. August 1891.
Preis 20 Pf.
Angeichts des bevorstehenden Züricher Internationalen Kongresses, auf dem eine Reihe der in Brüssel behandelten Fragen ebenfalls zur Verhandlung kommen, wird diese nach den Berichten der Tagespresse angefertigte Zusammenstellung der Kongressdebatten dem in den Kreisen der Genossen lebhaft empfundenen Mangel eines offiziellen Kongress-Protokolls einigermaßen abhelfen.
Verlag des „Vorwärts, Berliner Volksblatt“.
SW., Weichstr. 2.

Soeben erschien und ist durch die Buchhandlung des „Vorwärts“ zu beziehen:
Die heilige Inquisition.
Ein Beitrag
zur Geschichte der christlichen Religion
von
Joh. Sassenbach.
4564L
Elegant kart., 192 Seiten stark, Preis 60 Pfennig.
Auch in 4 Heften zu je 15 Pf. zu beziehen.
Verlag von J. Sassenbach, Berlin N. 4, Javalidenstr. 145.

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhalde, Bergmannstrassen-Ecke, 52/16
Heute, Donnerstag, den 20. Juli 1893:
Gr. Extra-Garten-Concert.
Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf., im Vorverkauf 10 Pf. **A. Froelich.**

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Die Schweizer Organisationen — Grütliverein, Gewerkschaftsbund und sozialdemokratische Partei haben zum Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress den Antrag eingebracht:

„In Erwägung:
dass das Gesetz das geschriebene Interesse des Gesetzgebers ist;

dass bei der Gesetzgebung das Interesse des ganzen Volkes maßgebend sein soll;

dass erfahrungsgemäß Vertretungskörper mehr die Kapitalisten als die Arbeiter vertreten und daher die Gesetze zu Gunsten des Kapitals und zum Schaden der arbeitenden Klasse machen;

dass der Parlamentarismus überall da, wo er schrankenlos herrscht, zu Korruption und Volksbetrug geführt hat;

und dass nur durch direktes Eingreifen in die Gesetzgebung das Volk die Erkenntnis seiner Macht gewinnen kann, die zur Befreiung der arbeitenden Klasse nötig ist,

erklärt es als eine Vorbedingung für die Aufhebung jeder Klassenherrschaft, dass die arbeitenden Klassen als kräftigstes politisches Kampfmittel für die direkte Gesetzgebung durch das Volk eintreten, bei der das Volk das Vorschlagsrecht für die Gesetze (Initiative) und das Abstimmungsrecht über die Gesetze (Referendum) ausübt.“

Der Antrag ist, wie folgt, begründet:

Das denkende Proletariat ist darüber längst klar geworden, dass es sich in allen politischen Kämpfen weniger um ideale Grundsätze, als um materielle Klasseninteressen handelt. Die „idealen Grundsätze“ sind nur der Deckmantel, der von den bürgerlichen Parteien vorgehängt wird, damit das Volk über die dahinter verborgenen Klasseninteressen getäuscht werde und sich, so lange es eben geht, beherrschen und ausbeuten lasse.

Das politische Mittel, mit dem die Klassenherrschaft betrieben und das kapitalistische Klasseninteresse geschützt wird, ist der Parlamentarismus: Die Ausübung der Gesetzgebung durch eine sogenannte Volksvertretung. Selbst in den Ländern, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht besitzen, vertreten die Parlamente keineswegs das Volk nach seiner wirtschaftlichen Zusammenfassung. Das Volk ist in seiner großen Mehrheit passiv; im Parlament aber sind bis jetzt immer und überall die besitzenden Klassen fast ausschließlich vertreten.

Woher kommt das? Bei den Wahlen hat das Volk Personen auszuwählen. Diese Personen oder deren Parteien versprechen stets vor den Wahlen, dass sie nur die Interessen des Volkes vertreten wollen. Die große, noch unwissende oder politisch ungeheulte Masse, namentlich auf dem Lande, läßt sich durch solche allgemeine Versprechungen behörden, besonders wenn sie noch mit pomphaften Programmen und löblichen Proklamationen dekoriert sind. Diese beschränkte Masse wird auch durch den Schein, den Namen, das Ansehen in der bürgerlichen Gesellschaft geblendet und wählt danach, und zwar nach veralteten, ungerechten Wahlsystemen.

Nun ist es eine dem denkenden Proletariat längst bekannte Tatsache, dass das Gesetz nur das geschriebene Interesse des Gesetzgebers ist. Die von den Parlamenten gemachten Gesetze können gar nichts anderes sein, als die geschriebenen Klasseninteressen der besitzenden Klassen, die in den Parlamenten die Mehrheit haben. Nur wenn die verschiedenen Schichten der besitzenden Klassen über ihre Sonderinteressen in Streit geraten und genötigt sind, sich um die Unterstützung der arbeitenden Klasse zu bewerben, dann kann bei der Gelegenheit auch ein Gesetz erlassen werden, das dem dringenden Begehren der Arbeiterschaft entgegenkommt. Sonst aber gehen Parlamente nur dann auf Forderungen des Proletariats ein, wenn sie von einer Revolution bedroht sind und glauben, nur durch Nachgeben sich retten zu können.

Der Parlamentarismus, das Mittel, mit dem die besitzenden Klassen ihre politische Herrschaft behaupten und gleichzeitig ihre wirtschaftlichen Klasseninteressen zur alleinigen Geltung bringen, ist die Ursache, dass die Gesetzgebung selbst in den fortgeschrittensten Staaten in einem grellen Widerspruch mit der wirtschaftlichen Entwicklung steht. Schon längst hätten die Fortschritte der Technik und der kapitalistischen Produktionsweise die Einführung des Achtstundentages ermöglicht, ja sogar geboten, um die industrielle Reserve-Armee einzuschränken, aber die Parlamente denken gar nicht an die Einführung dieser Reform. Die Ausbeutung der Völker durch Schuhschäbkle steht im ärgsten Widerspruch mit der für den Weltmarkt eingerichteten kapitalistischen Produktionsweise, aber die Parlamente kommen nicht dazu, dieses Raubsystem abzuschaffen. Der Militarismus und die ständige Kriegsbereitschaft ist der reinste Hohn auf die weltbürgerliche Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise; jedermann sieht, dass dieser Wahnsinn alle Staaten Europas zum Bankrott treiben muß, aber die Parlamente sind überall die treuesten Stützen dieses Systems, da sie in den stehenden Heeren viel weniger den Schutz gegen auswärtige Feinde, als ein Bollwerk gegen die Revolution des Proletariats erblicken.

Es gilt nun, eine Form der Gesetzgebung zu erobern, in der das Volk selbst über die Fragen der Gesetzgebung entscheidet und auch selbst Gesetzesvorschläge macht. In Personensfragen wird das Volk stets leicht irre zu führen sein, in Sachensfragen wird es sehr bald lernen, sein wirkliches Interesse zu verstehen und geltend zu machen. Es ist gar kein Zweifel, dass z. B. die Frage des Militarismus von allen Völkern Mittel- und West-Europas in kurzer Zeit derart gelöst würde, dass ganz Europa von einem schweren Druck erlöst wäre. Ein solches Europa hätte das zarische Rußland nicht nur nicht mehr zu fürchten, dessen Absolutismus mühte sogar kapitulieren, und einer freien Entwicklung wären die Wege gebahnt. Welches gewaltige Stück Revolution läge nur in diesem einzigen Volksbeschluss!

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk ist das politische Instrument, mit dem die arbeitende Klasse ihre Befreiung und die Abschaffung der Klassenherrschaft erkämpfen kann; sie ist die organisierte Diktatur des Proletariats.

Dabei ist zweierlei vorauszusetzen:

Erstens, dass die Mehrheit des Volkes seine allgemeinen Interessen besser wahrnimmt, wie die Parlamente. Es wurde das soeben an der Frage des Militarismus zu zeigen gesucht. Aber wenn auch das Volk im Anfang einige Unbeholfenheiten zeigen würde, so wird es sehr bald lernen, sein eigener Schaden wird es klug machen. Während man die Mehrheit eines Parlamentes laufen und korrumpieren kann, ist dies bei einem Volke unmöglich. Bald aber stellt sich beim Volke das stolze Bewußtsein ein, dass sein Wille allein maßgebend ist, und dieses Bewußtsein ist von emanzipatorischer Bedeutung; es führt auch zum Willen, sich ökonomisch und sozial zu befreien.

Zweitens ist vorauszusetzen, dass die Diktatur einer revolu-

tionären Minderheit gegenüber einer großen indifferenten oder gar feindlichen Masse nur von kürzester Dauer und nie im Stande sein würde, durchgreifende, soziale Umgestaltungen durchzuführen. Eine revolutionäre Minderheit kann wohl unhaltbare Gewalt Herrschaft führen und dadurch einer freien Entwicklung Bahn brechen; sie kann und soll natürlich auch die Initiative zu Neugestaltungen ergreifen, durchzuführen werden aber diese Neugestaltungen nur dann sein, wenn die Mehrheit des Volkes sich dafür erklärt hat. Volksbeschlüsse sind die sichersten Grundlagen aller sozialen Aktionen und sichern allein deren Durchführung.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft kann ihre Befreiungsaufgabe nicht mit den alten Mitteln des einst revolutionären Bürgerthums erfüllen. Dieses hatte nur alte Schranken niederzureißen, um der ungezügelter kapitalistischen Wirtschaft den Weg zu öffnen. Was dem Siegeslauf der kapitalistischen Produktionsweise im Wege stand, das waren die morschen Ueberreste der mittelalterlichen zünftigen-feudalen Organisation. Den Aufbau einer neuen sozialen Organisation hielt das revolutionäre Bürgerthum nicht für seine Aufgabe, denn es verlieh sich auf das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, auf die ökonomische Anarchie, die zur besten der Welten führen sollte.

Bei einem Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft würde diese nichts hinterlassen, als einen zu wirtschaftlichen Aufgaben unfähigen Staat, der sich nicht mehr halten könnte, und eine in ihre Atome zerfallende Gesellschaft. Es ist allein Aufgabe der arbeitenden Klasse, eine neue Organisation der Gesellschaft vorzubereiten. Der Anfang der wirtschaftlichen Organisation ist in den Gewerkschaften gegeben. Die politische Organisation wird vorbereitet durch die direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Es versteht sich von selbst, dass die direkte Gesetzgebung durch das Volk für alle Unterabteilungen des Staates durchzuführen ist, von der Gemeinde an bis zum Bundesstaat, und dass damit eine möglichst weitgehende Bewegungsfreiheit für diese Unterabteilungen zu erobert ist.

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk hat ihren Ursprung in jenen Zeiten, in denen die Völker noch in kommunikativen Stammes- und Geschlechtsverbänden lebten. Ueberreste dieser alten Demokratie sind noch in den Landsgemeinde-Kantonen der Schweiz zu treffen, wo das Volk noch unter freiem Himmel seine Gesetze beschließt und seine Regierung wählt. Der erste Normal-Arbeitstag auf dem Festlande wurde von der Landsgemeinde des Kantons Glarus beschlossen. Eine moderne Form erhielt die direkte Gesetzgebung durch Sozialdemokraten. Es ist hier am Platze, Moriz Rittinghausen von Köln zu nennen, der zuerst 1860 in Paris in französischer Sprache diese Forderung als eine sozialdemokratische aufstellte und mit Viktor Considérant dafür wirkte; später schrieb er auch in deutscher Sprache, und seit dem Jahre 1869 hat die sozialdemokratische Partei Deutschlands die direkte Gesetzgebung durch das Volk auf ihrem Programm, nachdem sie vorher schon in mehreren Schweizerkantonen, vor allem in Zürich, praktische Gestalt angenommen hatte.

Zwei Elemente bilden die direkte Gesetzgebung durch das Volk: Das eine ist die Anregung, das Vorschlagsrecht des Volkes, die Initiative; das andere ist der Beschluss, das Abstimmungsrecht des Volkes, das Referendum.

Die Initiative ist das einem Bruchtheil (z. B. dem 20. Theile) des Volkes zustehende Recht, Gesetze oder Beschlüsse vorzuschlagen, die der Volksabstimmung unterbreitet werden müssen.

Das Referendum ist das Recht des Volkes, über jedes Gesetz abzustimmen. Kein Gesetz darf auch nur provisorisch in Kraft treten, ehe es von der Mehrheit der Abstimmenden angenommen wurde.

Es entspricht der direkten Gesetzgebung durch das Volk, dass auch die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden durch das Volk direkt und proportional gewählt werden.

Zur Aufsicht über Verwaltung und Rechtspflege, sowie zur Vorbereitung und Redaktion der Gesetze mügen dann auch noch den jetzigen Parlamenten ähnliche Vertretungskörper, ebenfalls direkt und nach Proportional-Wahlsystem, gewählt werden; sie haben aber neben Initiative und Referendum nur noch untergeordnete Bedeutung. Die Hauptgewalt liegt dann beim Volke und die sozialdemokratischen Parteien werden in der Initiative ein mächtiges Mittel besitzen, um ihre Postulate direkt vor das Volk und zur Geltung zu bringen. Das Volk wird es dann in der Hand haben, die Klassenherrschaft zu brechen und sich bessere gesellschaftliche Zustände zu schaffen. Alles für das Volk und alles durch das Volk!

Parteinachrichten.

Ein nationalliberal-konservatives Wanditenstücklein aus dem letzten Wahlkampf bringt die „Frk. Ztg.“ zur öffentlichen Kenntniss. Sie schreibt: „In Freiburg hatten die Sozialdemokraten bekanntlich vor der Stichwahl Wahlenthaltung proklamirt, ihr Kandidat bei der Hauptwahl, Dr. Köhler, erließ jedoch eine öffentliche Aufforderung, für den Zentrums-kandidaten Marbe zu stimmen. Dem gegenüber erschien nun ein Aufruf: „An die sozialdemokratischen Wähler, in welchem dringend vor den „Schwarzem“ gewarnt wurde. Die Kundgebung schloß: „Wähler, Parteigenossen, wer heute für den Schwarzen stimmt, begeht den schroffsten Verrath an seiner heiligen Sache; deshalb nochmals: Wahlenthaltung!“ Das die Sozialdemokraten trotzdem zum großen Theil für Marbe stimmten, ist bekannt, zweifelhaft aber ist es bis zur Stunde geblieben, wer jenen Aufruf verfaßt und verbreitet hat. Die Sozialdemokraten weisen die Urheber-schaft mit großer Entrüstung zurück; auch die liberale Parteileitung verhielt sich hoch und theuer, nichts von dem Nachwort genupft zu haben. Die Zentrumpresse griff die Sache wiederholt auf und wies dieser Tage mit Namensnennung nach, dass eine Reihe liberaler Größen sich die Verbreitung und Ausbeutung dieses Schriftstücks, welches natürlich hinterdrein verlegt wurde, angelegen sein ließ. Auf wiederholtes Drängen erklärt nun endlich die „Freiburger Zeitung“, dass ein „konservativer Richtung huldigender Herr“ auf eigene Faust und ohne irgend welches Vorwissen der liberalen Parteileitung jenes nicht zu billige Schriftstück verfaßt und veröffentlicht hat.“ Der Name dieses Herrn wird leider vom Freiburger Amtsvorländer verschwiegen, gewiß in Anrechnung des belandenen guten Willens; ebenso verweisen wir eine Aufklärung darüber, wie jene hervorragenden National-liberalen, wenn sie auch nicht gerade der Parteileitung angehören, dazu kommen, das Plakat zu verbreiten.“ Die „Gesellschaft“ ist überall dieselbe. Der Zweck heiligt ihr die Mittel und wenn sie Lug und Trug sind.

Wie man mit Sozialdemokraten in der Ferienkolonie umgeht, schilderte Genosse Becker in dem von ihm redigirten

„Saalfelder Wochenblatt“. Er knüpft an seine Reminiscenzen folgende Bemerkungen: „In vorstehendem schilderte ich in kurzen Umrissen das, was mir während meiner sechsmonatlichen Dienstzeit im Infanterie-Regiment Nr. 3 in Mainz zufließt. Ich wurde feinerzeit wieder entlassen, weil ich noch einiges aus meiner Thätigkeit als Redakteur (aus der Zeit, ehe ich eingezogen wurde) auf dem Herdholz hatte. Nachdem ich nun das damals fällige und noch einiges andere „abgemacht“ habe, bin ich jetzt in diesem Jahre abermals ausgehoben worden und zwar zur 2. Matrosen-Artillerie-Abtheilung. Ich werde nicht verfehlen, nach Beendigung meiner Dienstzeit zur See, den Lesern dieses Blattes meine dort gemachten Erfahrungen zum besten zu geben. Mag die neue Dienstzeit bringen was sie will, mit ruhigem Blute werde ich dieselbe ertragen. Was mir als bekannter Sozialdemokrat bevorsteht, ich weiß es, und die Absicht des bei der diesjährigen Aushebung thätigen Generals, mich in anbeacht meiner vielen Vorkrafen (während meiner Thätigkeit als Redakteur) in eine Straf-Abtheilung einzureihen, beweist am besten, wie „angesehen“ ich in meinem künftigen Dienstverhältnis sein werde.“ — Bravo!

Die Sitte erscheint unseren Behörden in gegenwärtiger Zeit außerordentlich gefährdet. Vor allem sind es natürlich die Arbeiter, auf die die Polizei ein wachsam Auge haben muß, damit sie, die der Sozialdemokratie bereits mit Haut und Haar verfallen, in ihrer Sünden Mäienbläthe nicht auch noch in die Hände des Vollstreckers geraten. Man denke! Wollte da die Dortmunder Filiale des Metallarbeiterverbandes am letzten Sonntag ihr Stiftungsfest unter anderem durch die Aufführung des bekannten Jyllus lebender Bilder „Der Ausgewiesenen Heimkehr“ begehen. Doch rechtzeitig fiel die Polizei der geplanten Orgie noch in den Arm und machte dem Vorhaben des Verbandes ihren ethischen Standpunkt in folgendem Schriftstück klar:

Auf das Gesuch vom 12. d. M., hier eingegangen am 13. cr. Nachmittags, um Erlaubnis zur Feier eines Metall- und Fabrik-Arbeiter-Festes am Sonntag, den 16. d. M., von 3 Uhr ab im Rühn'schen Saale, gerichtet Ihnen hiermit zum Bescheide, dass dasselbe nicht gestattet werden kann. Der verbindende Text der zur Aufführung bestimmten lebenden Bilder erregt in sittlicher Beziehung Anstoß. Zur Gestaltung einer Tanz-lustbarkeit liegt keine Veranlassung vor. Schmeiding.“

Leider muß es gesagt werden, dass die schamverletzenden lebenden Bilder in Berlin im letzten Winter häufig, einmal sogar vor 6000 Personen aufgeführt worden sind. Wie sehr das Gemüth der Berliner durch diese Aufführung verdorben worden ist, giebt so recht das letzte Wahlergebnis zu erkennen. Zwar scheint das von der Polizei ausgesprochene Verbot noch nicht seine volle Wirkung ausgeübt zu haben, denn wie uns unser Korrespondent mittheilt, sind die Arbeiter in Dortmunds Umgebung begierig, den Kampf mit dem Bösen aufzunehmen. Sie werden daher aller Orten sich durch Aufführung des Werkes von dessen unsittlicher Tendenz zu überzeugen suchen und — wenn es ihnen irgend möglich — ihre sittliche Entrüstung alldam auch kräftig zum Ausdruck bringen.

Die Nahe der Surrahpatrioten. Großes Aufsehen erregt in Waldenburg, wie die „Voss. Ztg.“ mittheilt, die „Auslösung“ zahlreicher Mitglieder aus dem Kriegerverein und dem Reichstreuen Bergarbeiter-Verein wegen ihrer Haltung bei der Reichstagswahl.

Die „Ausgestoßenen“ werden den Schmerz schon zu vermeiden wissen und dafür sorgen, dass es in Vereinen dieser Art überhaupt bald nichts mehr „auszustößen“ giebt.

Zum Delegirten für den Züricher Kongress wurde in einer am Sonntag in Köln abgehaltenen Volksversammlung der Genosse Meist gewählt. Er wird Köln-Stadt und Land, sowie Koblenz und Aachen-Stadt vertreten. Mühlheim-Wipperfarth entsendet den Genossen Kensenheuer als Vertreter nach Zürich. Von Braunschweig aus wird Calver delegirt.

Todtenliste der Partei. Ein treuer Anhänger unserer Partei, Gottlieb Hartmann, ist in Eiserberg gestorben. Derselbe war zu wiederholten Malen in den Stadgemeinderath gewählt und hat stets des allgemeinen Vertrauens sich würdig gezeigt und auch während des Sozialistengesetzes war er stets mit auf dem Posten. Ehre seinem Andenken!

Lokales.

Bei der Spandauer Berg-Bräuerei haben weiter abbestellt: Klotz, Stein- und Gormannstrassen-Gde. Schröder, Wallstr. 76. E. Renter, Svineminderstr. 45. W. Votfähr, Beußel- und Wittstoderstrassen-Gde. C. Bittermann, Alt-Moabit 125. Müller, Vitzstr. 54.

Obiges Bier schänken weiter aus: Engel, Seydelstraße 20. Meier, Chaussee- und Bogenstrassen-Gde. Hamann, Pringen-Allee. Wustracht, Markthalle 7. Dresdener, Budoverstraße. Resource, Kommandantenstr. 57. Zacherias, Louisen-Ufer 2.

In Charlottenburg schänken folgende Restaurateure obiges Bier: Spandauer Berg: Suchrow, Palm. Horn. Wrl. Lehterer giebt seinen Saal auch nicht zu Versammlungen her.

Spandauerstraße: Brachwig, Haase, Jarosch, Gasthof zur Krone.

Sophie-Charlottenstraße: Krüger, Rühlbrod, Ulrich, Feuder, Schügenhaus.

Potsdamerstraße: Theiß und Bonnet.

Dankelmannstraße: Waldermann.

Knobelsdorferstraße: Krauß, Neuendorf, Prill, Bernhard Zeinert.

Zegler Weg: Vange (Walblater).

Kaiserin Augusta Allee: Brausch, Diekmann.

Wilmersdorferstraße: Pohlmann, Schuler, Rühl, Däumig (Gde. Wallstraße). Palm, Bierau, Ulrich.

Kaiser Friedrichstraße: Koch, Werner.

Berlinerstraße: Papitz, Grewoldt, Reichert, Hoffmann.

Wilhelms-Platz: Aschenbrenner, Krüger.

Spreestraße: Glaser.

Krumme Straße: Grenlich.

Die Lokal-Kommission:

J. A.: J. Bernau, Rosenstraße 30.

Der Aufenthalt in den Berliner Gemeindefchulen soll, einer Keuperung des Städtchulrat's Bertram zufolge, nicht gesundheitschädlich, sondern eher gesundheitsfördernd wirken. Herr Bertram stellte diese überraschende Behauptung einst in einer Stadtorordneten-Sitzung auf, als die sozialdemokratischen Stadtorordneten über die in den Gemeindefchulen herrschende schlechte Luft und andere sanitäre Mängel Klage führten und die Anstellung von Schulärzten forderten. Die im Gemeindefchuldienst beschäftigten Herren Sindler und Stephan haben in ihrer kürzlich an dieser Stelle besprochenen, „Die Weltstadt

Berlin" beklagten „Heimathlose“ ihren Vorgesetzten noch über-
trieben und die Berliner Gemeindefchulen „Paläste“ genannt, eine
Beschreibung, die Graf Brühl bereits vor einigen Jahren im
preussischen Abgeordnetenhause auf die Dorfschulen angewandt
hat. Wir wissen, dass man in den Kreisen der Berliner Gemeindef-
schul-Lehrer und Lehrerinnen für die famosen „Schulpaläste“ der
Weltstadt Berlin viel weniger begeistert ist, als die Herren
Göndler und Stephan, und das man auch an ihre „gesundheits-
fördernde“ Wirkung trotz der Versicherung des Stadt-Schulraths
nicht glauben mag. Ein interessantes Schlaglicht auf diese Ver-
hältnisse werfen die Verhandlungen der letzten Sitzung des
„Verein Berliner Volksschullehrerinnen“. In dieser Sitzung sind
nach einem Vortrage und lebhafter Debatte über „Die Reform
der Berliner Gemeindefchulen“ eine Anzahl Theesen angenommen
worden, deren eine lautet: „Die Schulküme, Turnhallen,
Korridore, Treppen und Klosets müssen täglich geputzt und feucht
gemacht und einmal in der Woche mit Seife gesäubert werden.
Türen, Fensterrahmen, Wandbekleidungen und alles Inventar
müssen alle 14 Tage mit Seife gereinigt und die Fenster geputzt
werden. Der Staub muß täglich, vor Beginn der Schulstunden,
mittels eines feuchten Tuches von allen Gegenständen, vor-
springenden Kanten, Treppengeländern etc. entfernt werden u. s. w.“
Aus diesen Forderungen kann Herr Vertram ersehen,
wie weit in den von ihm gepriesenen Gemeindefchulen die
Sauberkeit nicht reicht. Wenn diese einfach selbstverständlichen
Forderungen bereits jetzt erfüllt würden, dann wären sie schwerlich
aufgestellt worden. Herr Vertram sieht dem „Verein Berliner
Volksschullehrerinnen“ noch unfreundlicher gegenüber, als
dem „Berliner Lehrerverein“. Er hat sich vor mehreren Jahren,
als die Gründung des Lehrervereins stattfand, sehr un-
gehalten darüber gezeigt und den Lehrerinnen unvorhergesehen
gesagt, daß er ihren Verein für überflüssig halte. Diese Vereine haben
allerdings das Unbequeme, daß sie sich gelegentlich doch einmal
zu der Annahme von Theesen und Resolutionen emporschwingen,
in denen ein bisschen „aus der Schule geplaudert“ wird. Das
„aus der Schule Plaudern“ kann aber Herr Vertram nicht lei-
den; er hat es sich wenigstens in einer anderen Stadtverordneten-
Sitzung ernstlich verbeten. Er wird dem Lehrerverein für die
die in der Resolution zum Ausdruck gelangte „Heimliche-
Muth“ sicherlich weniger dankbar sein als wir. Einen
weiteren interessanten Beitrag zur Beurtheilung der
sanitären Verhältnisse der Berliner Gemeindefchulen
liefert eine der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege“ ent-
nommene Notiz, welche gerade jetzt die Kunde sogar durch einen
Theil der bürgerlichen Presse macht. Danach hat man die Luft
in den Gemeindefchulen auf ihren Kohlenäuregehalt untersucht.
Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind recht ungünstig
ausgefallen. Bei der 1. Gemeindefchule z. B. ergaben von 19 Unter-
suchungen 1 gute, 8 schlechte, 8 sehr schlechte und 11 äußerst
schlechte Luft. In der 166. Gemeindefchule, welche besonders
günstig liegt, ergaben von 34 Untersuchungen 26 gute, 7 schlechte
und 1 sehr schlechte Luft. In der 21. und 24. Schule ergaben
von 31 Untersuchungen 18 gute, 8 schlechte, 1 sehr schlechte und
4 äußerst schlechte Luft. „Der Aufenthalt in den Gemeindef-
schulen wirkt gesundheitsfördernd“, sagt Herr Vertram. In der
1. Gemeindefchule (Hinterstraße 162) muß diese Wirkung ganz
besonders zu spüren sein. Vielleicht versucht man es nächstens
auch einmal mit einer gründlichen Prüfung und wissenschaft-
lichen Analyse des Staubs und Schmutzes, gegen den die
Lehrerinnen nach der Scheuerfrau rufen. Lohnen würde es sich
ganz gewiß.

Das Aeltesten-Kollegium der Berliner Kaufmann-
schaft. Die Krisen in unserem wirtschaftlichen Leben, die jähr-
lich Laufende nicht nur am Geld, sondern an Menschenleben
verschlingend, wie ein Blitz auf die Konjunkturstatistiken lehren,
sind stets ein heiliger Punkt für unsere Kulgardökonomen gewesen.
Wegzuleugnen sind sie nicht, — die Schlachtopfer liegen vor
ihnen — aber sie zu beschönigen und mit „unwandelbaren,
natürlichen Gesetzen der Wirtschaft“ zu erklären versuchen sie
wenigstens.

Daß der Charakter der augenblicklichen Produktionsweise die
mörderische Anarchie unserer Wirtschaftsverhältnisse mit sich
bringt, daß ein vergleichender Blick auf die Geschichte der Krisen
bis zu den siebziger Jahren und nach diesen auch für ein
blödes Auge genügt, um den Kapitalismus als Ursache
erkennen zu lassen, das wollen sie nicht sehen; denn
in diesem Falle müßten sie die Unmöglichkeit angeben,
länger so fortzuwirthschaften, müßten sie, welche Gedanken! das
Uebergehen in die gesellschaftliche Produktion als einziges Heil-
mittel empfehlen! —

Wie sich aber die Bourgeoisiergen drehen und winden, um
dieses Gehändnis zu vermeiden, zeigt eine Stelle aus der Ein-
leitung des Jahresberichts, den die Aeltesten der Berliner Kauf-
mannschaft kürzlich dem Publikum unterbreiteten:

„Die gewerbliche und Handelsbewegung der letzten fünf bis
sechs Jahre stellt eine zusammenhängende Linie dar, welche völlig
den typischen Verlauf der Perioden der Ueberspekulation und der
daraus folgenden Abwärtskrise nimmt, wie man sie leider schon so
oft hat beobachten können. Wenn man die Beobachter
aus der häufigen Wiederkehr dieser Erscheinung den
Schluß ziehen wollen, daß dieselbe auf einem
im Wesen des kapitalistischen Großbetriebes
begründeten unabänderlichen Gesetze beruhe, so verkennen
sie aber doch wohl die erziehende Wirkung, welche die
so überaus schmerzlichen Erfahrungen verfehlter Spekulationen
auf das Urtheil und künftige Verhalten jedes einzelnen Unter-
nehmers ausüben, und von der doch wohl zu hoffen ist, daß sie
allmählig eine größere Steifigkeit in Industrie und Handel bringen,
d. h. eine bessere Anpassung der Produktion, als der Bedarf er-
zeugen werde.“

Wiso eine „erziehende Wirkung“ hat die Krisis. Ob dieselbe
nicht ein bisschen zu teuer bezahlt ist mit dem Tode hundert-
tausender Arbeiter, die durch jede Krisis auf die Straße geworfen
werden, und die in der guten Geschäftszeit Markt und Knochen hin-
geben, um dem Unternehmer Reichthümer zu erwerben, und in der
schlechten, wo sie vollends verkommen, noch als Erziehungsmaterial
dem Kapitalisten dienen? Und welche „erziehende Wirkung“ sibt die
Krisis auf die Unternehmer? Neben so vielen zu Grunde Ge-
richteten kommt eine kleinere Anzahl Unternehmer in die Höhe,
und das Beispiel dieser lockt immer wieder neue Spekulantinnen
in den wilden Strudel. Es ist also ein sehr schwacher Trost, den
die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft für die Krisen haben,
wenn sie die erziehende Wirkung derselben betonen; die
Wirkung sehen wir, besser wäre es aber, die Ursachen zu kennen.
Nun, die Ursache der Krisen ist die Ueberproduktion, sagen die
Neumannsweisen der Kaufmannschaft; und was ist die Ursache
der Ueberproduktion? Hier liegt der Kern; die
kapitalistische Privatwirtschaft zwingt zum äußersten Kampf
mit der Konkurrenz, die durch billigere und massenhaftere
Produktion überwunden werden muß, führt also nothwendig zur
Ueberproduktion, wie diese zur Krisis und zum Krach führen
muß. Das ist es, was „manche der Beobachter“ schon längst
erkannt haben und worüber kein Alweibergewäch, und entspringe
es auch den erleuchteten Köpfen der Aeltesten der Kaufmannschaft,
hinweghelfen kann.

Die 27 städtischen Volksbibliotheken verfügten am
1. April 1893 über zusammen 100 830 Bände. Verliehen wurden
im Verwaltungsjahr 1892/93 363 155 Bände, wobei natürlich die
mehrfachen Verleihungen mitgezählt sind. Auf die Abtheilung
„Deutsche Literatur“ kamen allein 204 886 verliehene Bände.
Unter „Deutscher Literatur“ hat man jedoch bei den städtischen
Volksbibliotheken vorwiegend Romane und sonstige Unterhaltungs-
lectüre von mittelmäßigen Werthe zu verstehen. Auf die Abthei-
lung „Staats- und Rechtswissenschaft“, in welcher auch Volks-
wirtschaft, Statistik, Oeffentliches Leben u. s. w. mit einbegriffen
sind, kamen nur 1000 verliehene Bände. Diese Abtheilung ist

überhaupt nur mit einer lächerlich geringen Anzahl von Büchern
ausgestattet; daraus dürfte sich der geringe Umsah erklären.
Der Verwaltungsbericht verschweigt leider, wie viel Bände
in jeder Abtheilung vorhanden waren. Wenn man
ein richtiges Bild von den städtischen Volksbibliotheken
empfangen soll, so ist diese Angabe mindestens ebenso nothwendig
wie die Zahl der in jeder Abtheilung vertiehenen Bände.
In den Katalogen mehrerer Volksbibliotheken, die dem Schreiber
dieser Zeilen zu Gesicht gekommen sind, waren in der oben ge-
nannten Abtheilung nicht nur sehr wenig Bücher zu finden, son-
dern diese waren auch meist alte, wertlose Schrottel.
Der Verwaltungsbericht sagt: „Die Zahl der Bände nimmt ab, weil
die Verwaltung darauf bedacht ist, die Bibliotheken von den in
ihnen aufgehäuften veralteten und wertlosen Werken zu befreien.“
Wenn man dabei mit der wünschenswerthen Gründlichkeit ver-
fahren wollte, so würden nicht viel Bände übrig bleiben. Die
städtischen Volksbibliotheken können so, wie sie bisher gewesen sind,
auf den Namen „Bibliothek“ überhaupt keinen Anspruch machen.
Sie sind weiter nichts als ein Sammelsurium von Büchern,
die billig, aber wohl- und kritischlos aufgekauft oder von „Gönnern“
geschenkt worden sind, die froh waren, ihre wertlose Makulatur
auf gute Manier los zu werden. Deshalb hat auch die Zahl der
Entleiher von Jahr zu Jahr abgenommen. Wieviel die Zahl
ihre Belehrung dort gesucht haben, verschweigt der Bericht eben-
falls. Wahrscheinlich sind es wieder weniger geworden. Auch
die Gruppierung der Entleiher nach Berufsarten sucht man ver-
geblich. Die arbeitende Bevölkerung dürfte sich immer mehr von
diesen „Bibliotheken“ zurückgezogen haben. Ob der Bücherbestand
durch Ergänzungen wieder auf die frühere Höhe gebracht werden
soll, erscheint fraglich. Die Bemerkung: „Die Zahl der Bände
nimmt ab“, deutet nicht darauf hin. Die Gesamtausgaben für
Verwaltung und Unterhaltung betragen in 1892/93 nur 32 255 M.,
der Zuschuß aus Gemeindefmitteln nur 24 900 M.

In der Privat-Beleidigungssache des Journalisten Hugo
Friedländer wider den Journalisten Gustav Meyer geht uns
folgende gerichtlich protokollierte Erklärung zu, zu deren Ver-
öffentlichung der Kläger Friedländer laut gerichtlichen Vergleichs
von dem Angeklagten Meyer ermächtigt worden ist:

„Ich Gustav Meyer erkläre, daß ich mit meinem, an
verschiedene hiesige Zeitungs-Redaktionen gerichteten, in
Nr. 175 der Beilage zum „Vorwärts“ vom 29. Juli 1892
ausgegebenen veröffentlichten Briefe vom 18. Juli 1892
den Herrn Hugo Friedländer nicht als Polizeispion und
Espion habe hinstellen wollen.“

Die „Freie Volksbühne“ hat am Sonntag, 28. Juli, ihr
Stiftungsfest in dem Etablissement „Schloß Schönholz“. Es ist
Fürsorge dafür getroffen, daß die Mißstände, welche bei dem Fest
der Arbeiter-Bildungsschule am 9. d. M. zu vielfachen Klagen
Anlaß gaben, beseitigt werden. Das Festprogramm, das bereits
im Annoncentheil mitgetheilt ist, läßt uns mannschaften heitern
und erbebenden Genuß erwarten. —

Widergesichtlich aufgelöst wurde eine am 6. Juni im Frey-
schen Lokale in der Brunnenstraße stattgehabte öffentliche Ver-
sammlung. Als Grund der Auflösung gab der dieselbe über-
wachende Polizeibeamte die Anwesenheit von Frauen an. Auf
gegen diese ungelegliche Auflösung erhobene Beschwerde erging
ein Vercheid des Polizeipräsidenten, wonach dieser die Beschwerde
für begründet erachtet und den betreffenden Beamten „mit ent-
sprechender Weisung“ versehen hat. Es ist dieses eine schwache
Genehmigung für die Einderuser und Theilnehmer der Versam-
mlung, die Zeit, Mühe und Kosten unnütz verschwendet haben.
(Wir bemerken hierbei, daß der betreffende Beamte durch den
Empfänger uns erst gestern zugestellt ist, und bitten wir unsere
Genossen, dergleichen Schriftstücke, deren Veröffentlichung im all-
gemeinen Interesse liegt, uns doch stets sofort zutommen zu lassen.
Die Red.)

Für „echt jüdisch“, was nach antisemitischem Wörterbuch
den höchsten Grad der Gemeinheit bezeichnet, wurde in der
gestrigen Versammlung des Deutschen Antisemiten-Bundes das
Verhalten Siders bezeichnet, der gegenwärtig in seinem
„Volk“ das Blaue vom Himmel herunterhimpft über Bödel,
Klwardt, Förster, die „Staatsbürger-Zeitung“ und über sämt-
liche Antisemiten, die sich von seiner Führung losgesagt haben.
Die Wuth über sein verlorenes Reichstagsmandat selbst keine
Grenzen; alle Hebel hat er angelegt, in der Hehe sich selbst über-
boten, selbst vor den ärgsten Denunziationen hat er nicht zurück-
gebeht, um wenigstens bei der Nachwahl in Neu-Stettin seinen
Gegenkandidaten Dr. Förster zu verdrängen, und alles dieses
nur, um auch hier wieder bei der gestrigen, 18. Juli, stattgehabten
Nachwahl eine schimpfliche Niederlage zu erleiden.

Infolge eines eingegangenen Briefes brachten wir An-
fangs Mai die Mittheilung, daß gegenüber verschiedenen anderen
Unternehmern, welche Ihre Arbeiter der Kaiserin wegen ma-
regelten, Herr Uhrmacher Max Busse, Invalidenstr. 157, als
weiblicher Rabe erscheine, da derselbe um seinen Leuten zur Kai-
serin eine Freude zu bereiten, freiwillig den neunhündigen
Arbeitsstag in seinem Geschäfte eingeführt habe. In einer am
13. d. M. stattgehabten öffentlichen Versammlung der Uhr-
macher und verwandten Berufsgenossen wurde nun festgestellt,
daß obiger Brief des Herrn Busse den Thatfachen nicht entspricht,
daß im Gegenteil Herr Busse sich energisch weigerte den neun-
hündigen Arbeitsstag einzuführen und nur dem einmüthigen Zu-
sammenschließen seiner Arbeiter nachgab, nachdem eine mehrstägige
Ueberlegungsgesitz verstrichen war. Die Versammlung bezeichnate
das ganze Verhalten des Herrn Busse den Arbeitern gegenüber
als Geschäftssozialismus und beschloß eine diesbezügliche Mit-
theilung in dem lokalen Theile des „Vorwärts“ zu veranlassen.

Nicht zu den „Nothleidenden“ gehören, wie es scheint,
die Veranstalter einer Bauernhochzeit, welche dieser Tage
in dem Dorfe Granow (Neumark) gefeiert wurde. Die Zahl
der geladenen Gäste betrug etwa 800, und dementsprechend war
auch das Quantum der bereitgehaltenen Lebensmittel ein recht
ansehnliches. Bei dieser Hochzeit wurden u. A. verbraucht 18
Zentner Weizenmehl, 6 Zentner Fische; geschlachtet wurden zwei
große fette Ochsen, 4 Kalber und 5 Hammel; 56 Torten und
unzählige Kuchen waren gebaden und zierten die Tafeln. An
Getränken waren vorhanden 6 Tonnen echtes Bier und ein recht
bedeutendes Quantum Wein. Da für einen großen Theil der
Gäste kein Platz im Hause war, so hatte der Hochzeitskonter
einen Scheunentraum mit Tischen versehen und entsprechend
bedekoren lassen.

Wegen Beleidigung des Finanzministers Dr. Miquel
ist gegen den Reichstags-Abgeordneten Viktor a. D. Ahlwardt
das Strafverfahren eingeleitet worden. Am 24. April 1893 hielt
der Deutsche Antisemitenbund (D. A. B.) in den Germania-
prachtställen in der Chausseestraße eine öffentliche Versammlung
ab, in welcher der Angeklagte einen Vortrag über sein „dem
Reichstag vorgelegtes und noch vorzulesendes Altematerial“
hielt. In diesem Vortrage soll die Beleidigung des Herrn Mi-
quels enthalten sein. Die Zeitungsberechtigten, die der Ver-
sammlung beigewohnt haben und über den Vortrag berichteten,
sind zu einer Vernehmung auf den 26. Juli d. J. vorgeladen
worden.

Ein Pistolenduell hat, wie nachträglich bekannt wird, am
vergangenen Freitag Morgens gegen 4 Uhr in der Zehlendorfer
Forst bei Entel Loms Hütte zwischen dem Professor Fro-
bold, dessen des bekannten Admirals v. Sponius und dem
Kaufmann und Lieutenant der Reserve Klein stattgefunden.
Sekundant des Ersteren war der Lieutenant der Reserve-
Schlichter, Sekundant des Letzteren der Lieutenant der
Landwehr-Kavallerie Wollant, Unparteiischer der Rittmeister

Fürstenberg. Die Bedingungen sollen gekaut haben: ge-
zogenen Pistolen, fünf Schritt Barriere und dreimaliger Kugel-
wechsel. Glücklicherweise wurde keiner der Duellanten ver-
wundet. Die Veranlassung zu dem Duell soll eine Dame ge-
wesen sein.

Leider ist bei unserer „humanen“ Gesetzgebung nicht
zu erwarten, daß dieses Verbrechen gegen Vernunft und
Sittlichkeit eine angemessene Sühne erfährt.“ Be-
merkt hierzu die ultramontane „Germania“. Der Vorwurf
gegen die „Humanität“ der Gesetzgebung wird gerade von den
Kreisen, welche das Duell pflegen, erhoben. Diese verlangen die
schärfsten Zuchtmittel gegen etwaige Exzesse, ja überhaupt gegen
jede freie Lebensäußerung des Arbeiters. Die Prügelstrafe,
welche sie verlangen für Nothzeiten der Arbeiter, wäre, wenn sie
eingeführt werden sollte, in erster Reihe angebracht gegen alle
an einem Duell Theilnehmenden, gegen Duellanten, wie Kartell-
träger und Sekundanten. Wir bemerken nur die Strafe,
welcher dieselben Kreise ihren „sittlichen“ Zorn gegen die Ar-
beiter heben, welche ihre Ehre darin suchen, sich über die Ge-
setze des Staates, der Religion und der Sittlichkeit hinweg-
zusetzen.

Zwei Fälle von Erkrankungen unter cholera-
ähnlichen Erscheinungen sind am gestrigen resp. heutigen
Tage der Polizei gemeldet worden. Der erste Fall betrifft eine
in der Schönleinstrasse wohnende Frau, bei welcher die seit gestern
aufgetretenen Erscheinungen sofort als die Folgen eines
Darmkatarchs konstatiert wurden. — Außerdem erkrankte
in der Nacht eine in dem Hause Steinsirasse 11 wohnende Frau
Zimmermann; da die Natur des choleraähnlichen Erscheinungen
zeitigen Leidens nicht gleich zu erkennen war, wurde Frau Z.
in dem für solche Fälle reservierten Lückchen Krankenwagen nach der
bakteriologischen Abtheilung der Charite befördert. Wenngleich
hier die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, kann man doch
annehmen, daß — da das maßgebende Zeichen für Cholera, Blaus-
wasser fehlt — nur Brechdurchfall vorliegt. — Wie wir an dieser
Stelle noch bemerken wollen, ist die Zahl von Erkrankungen an
Brechdurchfall trotz der ungünstigen Witterung in Berlin außer-
ordentlich klein.

In der Farlas'schen Angelegenheit erfahren wir, daß
gegen die Mutter der Josephine Farlas, Katharina Farlas geb.
Gelenk, welche mit ihrer Tochter Alice nach Gotha gereist war,
gleichfalls Haftbefehl und zwar wegen Hehlerei an denjenigen
Geldern und Werthsachen, die Josephine Farlas von der Frau
Justizrath Engelmann erlangt hat, erlassen worden ist, da sie als
Frau Farlas fluchtverdächtig erscheint. Da die Verhaftung der
Frau Farlas bereits in Gotha erfolgt ist, steht ihre Einlieferung
in das hiesige Untersuchungsgefängniß bevor. Gegen Alice
Farlas, welche Gothaische Sopranvortrag-Sängerin ist, liegt nichts
vor. Letztere hat den Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann als
Verteidiger für ihre Mutter angenommen.

Am Dienstag Abend gegen 8 Uhr sprang der Arbeiter
Hermann Wadrow in die Fluthen des Nordhafens und ging
sogar unter. Mehrere Schiffer, die in der Nähe mit ihren Fahr-
zeugen ankerten, hatten die That des Lebensmüden mit angesehen,
und es gelang ihnen, den Wiederauftauchenden zu retten. Der
bereits demüthigte W. wurde zunächst nach dem 58. Polizeirevier
gebracht und von da aus mittels Kopp'schen Krankenwagens nach
der Charite überführt.

Als die „Schöne Minna“ wird fortgesetzt die 80—85 Jahre
alte Frauensperson rekonozirte, die vorgestern Vormittag um
11 1/2 Uhr an der Bellealliance-Brücke todt aus dem Wasser ge-
zogen und, nach einer um die Hüften geschnallten Ledertasche zu
schließen, als eine Handelsfrau angesehen wurde. Wer unter dem
Namen „Schöne Minna“ zu suchen ist, konnte bisher nicht fest-
gestellt werden. Nur so viel ist bekannt, daß die Person in der
Hennigsdorferstraße oft gesehen worden sein soll. Diese Personal-
feststellung ruft unwillkürlich eine Erinnerung an die ermordete
Ruppel'sche Frau, die irriger Weise von zahlreichen Personen als die
Pumpenmalerin „Susanne“ bezeichnet wurde, bis die in Driesen
wohnende Mutter ihre Tochter rekonozirte.

Vor etwa zwei bis drei Wochen war im Jagd 86 des
Königlichen Forstes bei Grana ein unbekannter Mann
erhängt gefunden worden. Die Leiche mußte beerdigt werden,
ohne daß die Feststellung der Person gelungen war. Nunmehr
ist die Rekonozirung des unbekannten Selbstmörders auf grund
der Kleidungsstücke des Lebensmüden nachträglich erfolgt. Der
Tode ist ein seit langer Zeit vermisster Unteroffizier vom
19. Dragoner-Regiment. Derselbe war, nachdem er seine
Uniform mit einem Füllanzuge vertauscht, nach Rippenid ge-
fahren und hatte sich an einem Baume des oben erwähnten
Jagds aufgehängt. Als Grund der That wird Furcht vor
einer Disziplinarstrafe angegeben. In der Schwadron des Selbst-
mörders war eine Unterschlagung vorgekommen, für welche der
Unteroffizier verantwortlich gemacht werden sollte.

Selbstmord. In der Nacht zu Mittwoch gegen 12 Uhr hat
sich in dem Hotel von Metz in der Eichendorffstraße 11 die
Gattin des in der Lysenstraße 2 wohnenden Polizei-
sekretärs Mühlener erschossen. Die Dame war am
gestrigen Abend daselbst eingetroffen, hatte sich ein Zimmer ge-
mietet und gegen Mitternacht die That ausgeführt. Als In-
folge der Detonation Reimer herbeieilten, fanden sie die Be-
dauerndwerthe Blutüberströmung auf dem Fußboden liegend, den
Revolver in der rechten Hand haltend. Die Unglückliche hatte
sich eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt, das Geschos war im
Schädelknochen stecken geblieben. Frau M. wurde mittels Kopp-
schen Krankenwagens nach der Charite überführt; die Verletzung
ist eine sehr schwere.

Einen Buttereschwindler hat die Kriminalpolizei in der
Person des Kaufmanns M., der am 2. Januar 1893 in Rehna
geboren ist, gefaßt und der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Er
hat unter dem falschen Namen „Georg Dohlsheimer“ von aus-
wärtigen Firmen, die in Zeitungen Angebote machten, Butter
schicken lassen und hier zu außerordentlich billigen Preisen ver-
schleudert. An eine Zahlung war nicht zu denken, da M. gänzlich
mittellos ist und auch nicht einmal eine Wohnung besitzt. Es
wird vermutet, daß noch mehr Lieferanten auf den sauberen
Kunden herein gefallen sind, als bisher bekannt geworden sind.

Polizeibericht. Am 18. d. M. Vormittags wurde ein
dreijähriger Knabe, während er vor dem Hause Krausstraße 23
spielte, durch eine Droschke überfahren und erlitt hierbei eine
bedeutende Quetschung des Unterschenkels. — Vor dem Hause
Chausseestraße 1 wurde Nachmittags ein Arbeiter durch einen
Omnibus überfahren und am Fuß so bedeutend verletzt, daß er
nach der Universitäts-Klinik gebracht werden mußte. — Nach-
mittags sprang ein Arbeiter von der Kaiser-Brücke in den
Kanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und
nach der Charite gebracht. — In der Nacht zum 19. d. M.
sprang ein unbekannter Mann von der Grünsirassenbrücke in die
Spree und ertrank. — Am 18. d. M. fanden Panstraße 60 und
Güßenerstraße 61a kleine Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Der Schurkenreich eines Weibes beschäftigte gestern
eine Ferien-Strassammer des Landgerichts I. Aus der Unter-
suchungshaft wurde die frühere Beheimete Witwe Dorothea
Zury aus Berlin vorgeführt. Die Angeklagte ist wegen Ver-
brechens wider keimendes Leben mit Zuchthaus verurtheilt und
hat dadurch die Gebärmutter-Konzeption verloren. Seit sieben

Herr Gabel war der Meinung, daß der Offizier zu einem solchen Verbot kein Recht besäße, und hatte sich weiter. Da sprangen auf Befehl des Lieutenants v. Jena I zwei Soldaten auf das Schiff des Gabel, zerrten diesen ins Wasser hinein und durch das Wasser hindurch nach dem Ufer hin und zerrten ihn sodann in eine Felle, wo Herr Gabel etwa 1/4 Stunden in seinen durchnässten Kleidern sitzen mußte, bis zwei andere Soldaten kamen, um ihn mit aufgeflossenen Seitengewehr nach der Polizei zu schaffen. Die „Neuruppiner Ztg.“ fügt ihrem Bericht hinzu, daß sie ihn nach den persönlichen Angaben des Herrn Gabel verfaßt habe, der durch die schlimme Behandlung, die ihm zu Teil geworden sei, Schaden an seiner Gesundheit erlitten haben soll. Herr Gabel werde den Lieutenant v. Jena I zunächst wegen Hausfriedensbruchs, Verleumdung und körperlicher Mißhandlung belangen.

Systematische Fourage-Unterschlagungen, welche mehreren Unteroffizieren des 5. bayerischen Chevauleger-Regiments dazu dienten, einen schwunghaften Handel mit staatlichem Hafer zu treiben, kamen dieser Tage vor dem Militär-Bezirksgericht in Würzburg zur Aburtheilung. Die Unteroffiziere Emil Kleber, Georg Löpfer und die Sergeanten Karl Klotz und Anton Rohrbach, sämtlich mit Ausnahme des Löpfer, Futtermeister, sparten bei der Fütterung der Remonten ganz bedeutende Quantitäten Hafer ein, für die sie zahlreiche Abnehmer in Saargemünd fanden. Das Verfahren war folgendes: Die betreffenden Unteroffiziere nahmen aus den Magazinen selbständig Hafer; statt nun die ihnen zugemessene Ration ganz mitzunehmen, wurden immer einige Zentner im Magazin zurückgelassen und dann die betreffenden Abnehmer verständigt, welche dann entweder mit eigenen Fuhrwerken kamen oder die Krümper von den militärischen Getreidehändlern zur Verfügung gestellt erhielten. Einer dieser Abnehmer errichtete sogar auf dem Tanzboden eines Gasthauses in Saargemünd einen eigenen Speicher, wohin dann das unterschlagene Getreide gebracht wurde. Zum Transport aus den Magazinen auf die Wagen wurden Chevaulegerer verwendet, und zwar, wie sich einer der Fehler ausdrückte, immer die Dummen von der Eskadron, damit sie die Geschichte nicht durchschauen sollten. Diese Soldaten mußten den Hafer in Säcke füllen, die entweder den Abnehmern gehörten, oder, falls sie vom Proviantamt waren, umgekehrt wurden. Unteroffizier Löpfer, welcher die Fourage auch für den etatsmäßigen Stabsoffizier des Regiments faßte, soll aus den Einsparungen, die er für den Major machen mußte, die Nachfrage nach Hafer gedeckt haben. Löpfer mußte nämlich aus der dem Major gehörigen Fourage jeden Tag 5 Pfd. einsparen, die der Herr Offizier dann verkaufte; der Angeklagte will nun 10 Jtr. davon ausgeliehen haben, und tatsächlich erhielt er kurz, nachdem die Untersuchung eingeleitet war, den Hafer wieder zurück. Die anderen drei aber trieben ihren Handel schon seit langem, es stellte sich der Preis des Zentners auf 3 M. 50 Pf. und 4 M. bis er sogar auf 6 M. stieg. Die Geschichte war für die Unteroffiziere sehr einträglich und sie verfügten in jener Zeit immer über Geld. Zur Verhandlung waren siebenzehn Zeugen geladen, von denen man die unglücklichsten Dinge vernehmen konnte. So wurde festgestellt, daß der Getreidehandel in der Kaserne schon von den früheren Futtermeistern betrieben wurde und daß die Magazininspektoren mit den Unteroffizieren unter einer Decke steckten. Die ganze Geschichte wurde durch ein unbekanntes Frauenzimmer aufgedeckt, welches sich in einem an den Kommandeur gerichteten anonymen Brief als „ein armes, verlassenes Mädchen, das mit Füßen getreten werde“, unterzeichnet hat. Nach den eingehenden Plaidoyers der drei Vertheidiger erfolgte die Verurteilung der Schuldigen seitens der Geschworenen, mit Ausnahme der Frage bezüglich des Löpfer, worauf dieser freigesprochen wurde, während Klotz, Rohrbach und Kleber je 6 Monate Gefängnis erhielten, verbunden mit Degradation.

Das Militär-Geldlager des Staates Bischofs in Douglas wurde am Mittwoch vom Witz getroffen, wobei 12 Soldaten getödtet und 26 schwer verletzt wurden.

In London ist am Dienstag früh ein Häuserkomplex zwischen St. Mary-Age, Bevis-Mark und Bry-Street abgebrannt. Es ist dies das größte Schadenfeuer, welches seit Jahren in London sich ereignete. Bis 6 Uhr Morgens hatte dasselbe bereits 25 große Geschäftshäuser eingeäschert. Das Feuer ist in der Druckerei von Brown u. Co. ausgebrochen. Jedn Minuten nach Ankunft der Spritzen stürzte das Dach der Druckerei ein. Um 5 Uhr früh waren bereits 30 Dampfspritzen zur Stelle, doch konnte das Feuer nicht auf den brennenden Häuserkomplex beschränkt werden. Auch die andere Seite von St. Mary-Age wurde von demselben ergriffen.

In Emsthal brach am Dienstag beim Heben eines Baues ein Gerüst mit 200 Personen zusammen; 20 wurden schwer, viele leicht verletzt.

Literarisches.

Die untereinsten Mütter und der Code civil in Deutschland. Von Frh. Pollaczek. Leipzig. August Schupp. Verdet Männer! Von Waldemar Colell. Leipzig. Verlag von C. S. Naumann.

Ein königliches Wahl. Gedicht von Eduard Fuchs. München. Verlag von M. Ernst.

Die Bewegung der Parteien bei den Reichstagswahlen von 1871-1893. München. Verlag der Münchener Post. Preis 20 Pf.

Kerzliches Hausbüchlein. Die wichtigsten Kapitel der Gesundheits- und Krankenpflege. Von Dr. mod. Arthur Pollack. Leipzig. E. Haberland. Preis 3 M.

Die Zukunft der Deutsch-Oesterreicher. Von Dr. Heinrich Dertner. Wien und Leipzig. Buchhandlung Leop. Weiss. Preis 20 Kr.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Breslau, 19. Juli. Gegenüber der Meldung einiger Blätter, daß der Dragoman Mariano in Bagamoyo die in Reise lebende Schwester Emin Paschas, Fräulein Melanie Schmeißer, benachrichtigt habe, Emin sei in Nyangwe angekommen, ermächtigt Fräulein Schmeißer den „Breslauer Generalanzeiger“ zu der Erklärung, daß ihr diese oder eine ähnliche Nachricht nicht zugegangen sei; sie habe von dem Schicksale ihres Bruders keine Kenntniss.

Paris, 19. Juli. Die französische Presse fährt in ihren Angriffen auf England aus Anlaß der stamesischen Zwistigkeiten fort, spricht jedoch die Hoffnung aus, daß England sich jeglicher Einmischung enthalten werde. Man erwartet zu morgen die zustimmende Erklärung der stamesischen Regierung zu dem französischen Ultimatum.

Paris, 19. Juli. Die französischen Postbehörden werden mit dem 1. Dezember d. J., mit welchem Tage der deutsche Modus der Vesteilung der Postanweisungen eingeführt wird, die bestellenden Voten mit Revolvern bewaffnen.

Budapest, 19. Juli. Das ungarische Ministerium hat seinen Widerspruch gegen das Futtermittel-Ausfuhrverbot zurückgezogen. Der Erlass desselben wird morgen erfolgen, dasselbe wird sich jedoch nur auf Heu, Klee, Stroh und Häfel erstrecken.

Sofia, 19. Juli. In Tirnowa hat vorgestern der erste bulgarische Sozialisten-Kongress stattgefunden. Es wurde Betheiligung an den Wahlen, Gründung eines Partei-Organs und Absendung eines Delegierten zum Züricher Kongress beschlossen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Konstantinopel, 19. Juli. Von morgen ab müssen sich die Reisenden aus Europa in Mustapha Pascha einer ärztlichen Untersuchung unterziehen.

Briefkasten der Redaktion.

1863. Hamburg ist von Harburg durch größere Elbinseln getrennt, ein Landweg verbindet diese beiden Städte also nicht. Wohl aber kann man zu Fuß über die zu Anfang der siebziger Jahre erbaute große Eisenbahnbrücke von Hamburg nach Harburg gehen.

H. T. Der Einwohnerzahl nach die größten Städte der Welt sind London, Paris, Berlin. Ueber Beking schwanken die Angaben ungemün, nach dem Vorkaisischen Jahrbuch sogar zwischen 500 000 und 1 650 000 Einwohnern. Von Kanton wird sie auf 1 600 000 angegeben. New-York zählte 1890 1 515 801 Einwohner.

J. D. Den Kampf, den Bismarck mit der katholischen Kirche führte, und in welchem ihn Nationalliberale wie Fortschrittler unterstützten, nannte Bismarck einen Kulturkampf, während es sich in Wirklichkeit nur um eine Art Kampf über den Vorrang zwischen staatlichem und geistlichem Gendarm handelte. Die Sozialdemokratie hat von Anbeginn dieses Kampfes erkannt, daß es sich in demselben um nichts weniger als einen Kulturkampf handelte. Die Bezeichnung „Kulturkampf“ ist für diese Episode bereits historisch geworden; es ist also der Streit überflüssig, ob „Kulturkampf“ ein passenderes Wort wäre.

H. A. Unterbreiten Sie die Angelegenheit Ihrer Gewerkschaftsorganisation sowie dem Fabrikinspektor für Berlin.

G. M. 40. Das Mitglied soll auf Grund des § 68 der Statuten der Reper'schen allgemeinen Krankenkasse Klage erheben. Ist das Sachverhältnis wie von Ihnen angegeben, so würde ja die Kasse schlummer als ein Schloß auf ihrem Schern bestehen, sich aber doch verreckt haben. Nach § 9 des Statuts hört für eine gewisse Kategorie von Mitgliedern die Möglichkeit auf, falls die Rassenbeiträge an 2 aufeinander folgenden vierwöchentlichen Terminen nicht gezahlt werden, mit dem zweiten Zahlungstermin. Die Betroffene scheint am 13. Mai ihre Rückstände bezahlt zu haben. Dann war erst am 8. Juli der neue Terminablauf; sie hat aber am 7. Juli, also rechtzeitig Zahlung angeboten. Sollte sie aber nur bis zum 6. Mai ihre Rückstände berichtigt haben, so steht der Kasse entgegen, daß diese bis zum 13. Mai quittirt, die Zahlerin also in dem Glauben, sie habe alles gezahlt, dolose verkehrt hat.

C. S. Klängel heißt Klänge; erst in übertragener Bedeutung bezeichnet es einen Klängenmenschen gleich einen gesinnungslosen Kerl, Lumpen etc., welche Bezeichnung, wie Sie schreiben, in vielen rheinisch-westfälischen Gegenden üblich ist.

P. B. S. Sie scheinen betrogen zu sein: sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr vor.

J. W., Thackerstraße. Sprechen Sie unter Mitbringen des Vertrages zwischen 12 und 1 Uhr vor.

Wittenhausen. Stellen Sie den ausdrücklichen Antrag auf Bestrafung bei der Staatsanwaltschaft oder lassen Sie, da diese doch nicht einschreiten wird, den Kerl laufen: die Verantwortlichkeit der Beamten ist heute leere Phrase. Je kenntnißloser und dümmer ein Beamter ist, desto geringer ist die Möglichkeit, daß der Mann bestraft wird. Unkenntnis der Gesetze schützt keinen Bürger vor Strafe, wohl aber einen Beamten, der Rechte eines Bürgers verleiht.

Emma. Ja. Böhme. Schriftliche Antwort kann nicht ertheilt werden. Das Ausbilden einer roten Fahne kann von Leuten, auf welche die rote Farbe wie auf Büffel wirkt, als „grober Unfug“ angesehen werden. Nach Beendigung des Verfahrens ist die rote Fahne Ihnen zurückzugeben.

M. 100. S. D. Sie müssen gegen den Meister zunächst bei dem Innungs-Schiedsgericht auf Entschädigung und Rückzahlung der Markenbeiträge klagen. Der Meister darf nur die Beiträge für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden abziehen. Ein Grund zur Entlassung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist liegt nach Ihrer Schilderung nicht vor.

Kohle. Darüber hat der Vorstand des Konsumvereins Bestimmungen zu treffen.

Partei-Genossen und Genossinnen Berlins!

Donnerstag, den 20. Juli, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Gr. Partei-Versammlung

in den
Concordia-Sälen, Andreasstr. 64.

Tages-Ordnung:
1. Der internationale Kongress in Zürich. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten.
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
Die Vertrauenspersonen.

349/19
Sobald erschienen: **Heft 28:**
Vogt, Illustr. Weltgeschichte für das Volk,
mit besonderer Berücksichtigung der Kulturentwicklung.
140 Lieferungen à 10 Pfennige. — Bestellungen erbitte per Postkarte.
Th. Mayhofer Nachf., Sozialdemokratische Buchhandlung,
9816 Berlin N., Weinbergsweg 15b.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.
Anstalt, Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162 (fr. 123), Andreasstr. 54, Fruchtstr. 38, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 M. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 M. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Blanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 8716L*

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4485L*
am diesigen Plage wie bekannt
Grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Steppdecken
und
Schlafdecken
(mit kleinen Farbenschlern)
spottbillig in der Deckenfabrik von
J. Brünn,
Hackescher Markt Nr. 4.
(Stadtbahnhof Börse.)
* Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
Sintienstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.
Bühne 1 M. Gar. Elisabeth Ufer 12.

Cigarren

mit Kontroll-Schutzmarke
für Händler und Restaurateure, in verschiedenen Preislagen offerirt auch nach ausserhalb. 58/4

Max Flatauer,
Cigarren-Fabrik en gros,
Berlin,
Landsbergerstr. 72, 1 Tr.

Kinderwagen, größtes Lager, billigste Preise, bestes Fabrikat, auf Theilzahlung Oranienstr. 3 im Korbgeschäft. 802b*

Kinderwagen.
Größtes Lager Berlins zu Fabrikpreisen. Theilzahlung gestattet. (3796L)*
53 Andreasstr. 53 part. u. 1 Tr.

Breßtholen, anerkannt beste Wische gebend, aus dem Bergwerk bei Königswinterhausen, per Tausend ab Platz 4 M. Beste Stenkenberger Mariekohle 5 M., Mittel-Qualität 4,60 M. ab Platz, frei Keller 50 Pf., frei Boden 75 Pf. pro Tausend mehr. Muster ohne Berechnung frei Haus. 830b
Frischeisen & Co.,
Kottbusser Ufer 30.

Reutable Destillation,
Eckhaus in Weihen-, Meher- und Lothringerstraßen-Ecke, in unmittelbarer Nähe des Kirchhofs, ist wegen Todesfall sofort zu vermieten. Näheres in Berlin Franzosstr. 13 bei Goldwasser.

Polirlappen
en gros en detail
offerirt in größter Auswahl à Pfund 50 Pf. die erste und größte deutsche Spezial-Handlung von
985b
C. Kietzke, Rübenerstr. 5.

Stand guter Betten, Steppdecken, bunte Tischdecken, Handtücher spottbillig abzugeben Prinzenstr. 66, II. r. 3812R

Greisowalderstr. 199
1 Stube, Küche, Boden 74 Thlr., 2 St., Küche, Boden 95 u. 100 Thlr. 645b*

Swinemünderstr. 73 sind per sofort u. Oktob. Mittel- u. kleine Wohnungen billig zu verm., ebenso Lagerräume u. Stallungen wie Feuerwerkst. (Schmiede)

Freibl. möbl. Schlafst. mit sep. Eing. für 1 od. 2 Herren (à 7 M.) b. Eisenblätter, Dieffenbachstr. 27, v. 3 Tr.

Da es mir an Zeit fehlt, die an mich in Privatsachen gerichteten Briefe — gegen 500 liegen mir vor — zu beantworten, so erlaube ich, Anfragen in Privatsachen — wenigstens für die nächste Zeit — nicht an mich zu richten. 4561E
Berlin, den 19. Juli 1898.

Arthur Stadthagen.
Altes Schützenhaus,
Linienstraße 5, empfiehlt seine Festhölle (560 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 733b

Empfehle nach wie vor mein vergrößertes Lokal, franz. Billard etc. dem verehrten Publikum. Vorwärts, Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen liegen aus. (3506L)

M. Berndt,
Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.

Gr. Lichterfelde. Anhalter Bahnhof.
W. Griess, Restaurant,
Saal und schattiger Garten.
NB. Einziges Lokal, welches zu Arbeiter-Versammlungen zu haben ist.
Freundl. Wohnungen 210-216 M. Straßburgerstr. 65. 980b*

Friedrichsfelderstraße 39 sind kleine Wohnungen zum 1. Oktober zu verm.

Freibl. möbl. Schlafst. sep. Eing., Gartenansicht, b. Schmidt, Michaelkirchplatz Nr. 4, S. 8 Tr. 985b

Schlafst. für 2 Herren od. Mädchen bei Wittmann, Weberstr. 47, v. 4 Tr.

Anst. junger Mann sucht Schlafst. Erdmann, Manteuffelstr. 90, 4 Tr.

Bitte freibl. Schlafst. zu verm. f. Dra. Cuovrystr. 37, I. Aufg. v. 4 Tr. I. 942b

Arbeitsmarkt.
Geübte Weberinnen verl. Filzschuhfabrik B. Jacob 3, Wasserthorstraße 64. 982R

Tüchtiger Klempnermeister.
Für einen schon 1/2 Jahre als Klempner gelehrten Jungen wird ein gerechter, aber strenger Meister gesucht (am liebsten Parteigenosse). Offerten unt. Klempner-Lehrling 13 sind zu richten an die Exp. des „Vorwärts“. 4563L

Internationaler Sozialistischer Arbeiterkongress 1893 in Zürich.

(Schluß.)

VI. Nationale und internationale Ausgestaltung der Gewerkschaften.

Anträge der Arbeitsbörse von Paris.

Die Internationale stellte ursprünglich allgemeine sozialistische Organisationen in den Vordergrund, heute anerkennt sie, daß eine mächtigere Kraft in die Erscheinung tritt. Wir meinen die Gewerkschaftsverbände.

Diese Verbände, der Schlüssel zu dem Gewölbe, auf dem die neue Gesellschaft sich erheben wird, sollen national und international zusammengegriffen werden.

Darum beantragen wir dem Kongress in Zürich:

1. Die Gründung von nationalen und internationalen Verbänden der gleichen Berufe.

2. Ueberall, wo sich an einem Platze Gewerkschaften bilden, sollen die Arbeiter von den Gemeinden die Errichtung von Arbeitsbörse verlangen, die dem Bunde der Arbeitsbörse angehörend; da, wo sie in den Gemeindebehörden Meisterei sind, sollen sie selbst solche Institute schaffen. In einem festen Bund vereinigt, werden diese Arbeitsbörse die stärkste Macht bilden, die irgend ein Despot erschauen könnte.

Einer der wichtigsten Beschlüsse des Brüsseler Kongresses verlangt die Schaffung von nationalen Arbeiterssekretariaten, in denen alle Verbände vertreten sind.

Diesen nationalen Arbeiterssekretariaten sollte die nationale und internationale Vereinigung der Gewerkschaftsverbände obliegen.

Anträge des Internationalen Komitees der Sozialdemokratischen Federation in London.

Es sollen die besten Mittel in Betracht gezogen werden, die zur Verbreitung solcher technischer Kenntnisse dienen, welche die Anwendung des Sozialismus auf alle Zweige der Industrie erleichtern, sobald sich zu dieser Anwendung irgend welche Gelegenheit bietet.

Folgende Punkte werden zur Betrachtung und zum Studium vorgeschlagen:

- a) Die Notwendigkeit der Bildung technischer Komitees in allen Gewerkschaften, welche zu studieren und zu berichten haben, wie ihre Gewerkschaften am besten Staats-, Gemeinde- oder andere Unternehmungen ausführen könnten, ohne Zwischenkunft irgend eines kapitalistischen Unternehmers.
- b) Die beste Methode für die sozialdemokratische Bewegung, das kaufmännische Proletariat zu gewinnen, wie Kommis, Ladenangestellte u. s. w., überhaupt Leute, die bei der Verteilung und dem Austausch der Güter thätig sind. Diese Methode soll gesucht werden mit Rücksicht auf die leichtere Vergesellschaftung der Güterverteilung und des Güterausstausches sowohl als der Produktion des Fortschrittes des industriellen Reichthums.

VII. Internationale Organisation der Sozialdemokraten.

Anträge

des revolutionären Zentralkomitees in Paris.

Das revolutionäre Zentralkomitee hält seinen Antrag ausreicht, den es an den Brüsseler Kongress stellte und der dem Zürcher Kongress zur Prüfung überwiesen worden ist. Dieser Antrag geht dahin, allen Fraktionen der sozialistischen Arbeiterpartei, die sich auf den internationalen sozialistischen Arbeiterkongress vertreten lassen und deren Beschlüsse annehmen, den gleichen Namen beizulegen.

Als allgemeinen Namen dieser Partei, die alle Richtungen und Fraktionen umfassen soll, ohne deren Selbstständigkeit oder Charakter zu beeinträchtigen, schlagen wir vor:

Internationale Sozialistische Partei.

Der Kongress beschließt:

Alle Fraktionen der sozialistischen und Arbeiterparteien, die an den internationalen sozialistischen Arbeiterkongressen teilnehmen und ihren Beschlüssen zustimmen, sollen alle denselben allgemeinen Namen tragen, nämlich den:

Internationale Sozialistische Partei.

Der Kongress beschließt:

Das schweizerische Organisationskomitee für den Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress wird zur Ausführungskommission der Beschlüsse des Kongresses bestimmt.

Es hat im besonderen den Auftrag, die nationalen Arbeiterssekretariate der verschiedenen Länder mit einander in Verbindung zu bringen und die Mittel aufzusuchen, durch welche eine internationale Organisation der sozialistischen Partei und des Proletariates vorbereitet und verwirklicht werden kann.

Antrag der Sozialdemokratischen Partei

Hollands:

Die Frage der Befreiung der Kosten für politische Flüchtlinge soll international geregelt werden.

Antrag der sechs revolutionären Pariser Gruppen:

Es soll eine besondere Kommission ernannt werden, welche die Pflicht hat, einen Bundesvertrag der revolutionären Sozialisten beider Welten auszuarbeiten, der von allen sozialistischen Schulen und Gruppen annehmbar ist, die an der Herbeiführung der sozialen Gleichheit arbeiten.

Antrag eines deutschen Genossen in der

Mannheimer Volksstimme.

Seit länger Zeit ist schon das Bedürfnis vorhanden, der Internationalität der Bestrebungen der Sozialdemokratie einen für jedermann klaren und verständlichen Ausdruck zu verschaffen. Ein der praktischsten Mittel hierzu wäre unserer Ansicht nach der Vorschlag, der seiner Zeit von einem unserer Genossen auf dem Brüsseler Kongress gemacht und von den gesammten Delegirten Deutschlands in der Sektionsitzung einstimmig angenommen wurde, nämlich der, daß der erste Theil der Programme der sozialdemokratischen Parteien aller Länder, der unsere Bestrebungen in bezug auf die notwendige wirtschaftliche Umwälzung klarlegt — da die Ziele der Sozialdemokratie in allen Ländern dieselben sind —, den gleichen Wortlaut haben soll.

Diesem für alle Länder gemeinsamen Theile des Programms in bezug unserer Endziele kann — je nach dem Bedürfnis eines jeden Landes — ein zweiter Theil, der die politischen Forderungen der Sozialdemokratie eines jeden Landes an die gegenwärtigen Staaten enthält, hinzugefügt werden, der für alle Länder heutzutage verschieden sein muß, weil die Verfassungen der einzelnen Staaten verschieden sind und das eine Land oft vieles besitzt, was für die anderen Länder noch zu erstreben ist, und darum in den politischen Theil des Programms aufgenommen werden muß.

Antrag des Bundes unabhängiger sozialistischer Gruppen Frankreichs.

Auffindung der Mittel und Wege, um eine internationale Union aller Sozialisten zu schaffen entweder durch einen Pakt oder durch einen Bund.

VIII. Verschiedenes.

Antrag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Hollands.

Der Kongress beschließt, daß die Arbeiterpartei in allen Ländern, wo es nöthig ist, eintrete für die Scheidung von Kirche und Staat.

Antrag der Canning Town Socialdemocratic Federation Branch in London.

Die Mitglieder dieses Vereins sind der Meinung, daß die Zeit gekommen ist, um eine europäische Sprache anzunehmen, die von den Arbeitern aller Länder zu ihrer eigenen Bildung gelernt werden soll. Sie fordern deshalb die Delegirten des Internationalen Arbeiterkongresses in Zürich ernstlich auf, zu entscheiden, welche Sprache sie für diesen Zweck am besten geeignet halten.

Antrag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Hollands.

Der Kongress empfiehlt den Arbeitern das Erlernen von Volapük.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Metallarbeiter! Sämmtliche 70 Kollegen der Schraubenfabrik von Billing u. Violet, Courvillr. 20., haben heute, Mittwoch, in Folge der gedrückten Lohnverhältnisse, nachdem alle Verhandlungen gescheitert, die Arbeit eingestellt. Näheres in der am 24. Juli Rosenthalerstr. 33 stattfindenden Generalversammlung. Wir erwarten, daß sich alle Kollegen mit den Ausständigen solidarisch erklären und dieselben moralisch und materiell unterstützen.

Der Vorstand des Verbandes

aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Otto Räther, Vorsitzender, Anklamerstr. 44.

Vor Zugang von Drechslern und Tischlern nach Lübbenau wird streng gewarnt. Zuschriften sind zu senden an Herrn Seidel, Drechler, Lübbenau.

Der Ausstand der Droschkenebener in Freiental ist als beendet anzusehen. Oberpräsident v. Achenbach in Potsdam hat, wie die „Voss. Zig.“ berichtet, der Abordnung der Ausständigen gegenüber erklärt, daß der neue Droschkenzins nicht rechtmäßig sei und daß sie bei Nichtbeachtung des Tarifs es ruhig auf die richterliche Entscheidung ankommen lassen sollten.

köpfig oder zu halsstarrig, um hier endlich Wandel zu schaffen.

Eine andere häßliche Einrichtung ist die Ausstellungs-Lotterie, deren Lose von jungen Damen zum Theil mit flehentlichen Bitten ausgeboten werden. 70 000 Lose à 1 M. gegen 25 M. Gewinne, eine echte Millionär-Lotterie. Rechnen wir auf 70 000 Lose rund 250 Gewinne, so ist die Wahrscheinlichkeit, daß ein Loos gewinnt, 250 : 70 000 = 1 : 280 d. h. auf je 280 Lose kommt ein Gewinn! Man müßte also 280 M. für Lose ausgeben, um sich die annähernde Wahrscheinlichkeit zu schaffen, vielleicht auf ein Loos einen Gewinn zu machen. Das ist denn doch eine Zumuthung, die wirklich über jedes künstlerische Maß hinausgeht. — Dabei sieht man schon an den für die Verlosung angekauften Bildern, wie sehr es der Kommission am Herzen gelegen haben mag, zu sparen, denn abgesehen von den zwei oder drei Hauptgewinnen, sind im Uebrigen meistens ganz kleine, zum Theil sogar dürftige Sachen angekauft, sodas selbst für den Liebhaber — vom Kenner will ich schweigen — nicht einmal genügender Reiz geschaffen wurde, eins dieser höchst unwahrscheinlichen Gewinnlosse zu kaufen.

Die meisten Besucher, denen man die Lust am Schauen, aber den Mangel an Geldmitteln ansieht, irren also auf dieser Nummern-Ausstellung umher und bitten dann zuweilen bei einem auffallenden Bilde einen glücklichen Katalog-Besitzer um Auskunft nach der Bedeutung eines Bildes. Die Bezeichnungen im Katalog machen den Eindruck, als wenn die Verfasser Unterricht in der Orakelkunde zu Delphi genommen hätten.

Alles ist in dieser Ausstellung für die Wohlhabenden, für die Bemittelten berechnet, jegliche kleine Erfrischung im

Veranziehung der ausländischen Arbeiter zur Gewerkschaftsbewegung. Vor einiger Zeit richtete das Dresdener Gewerkschafts-Kartell das Ersuchen an die Generalkommission in Hamburg, Flugblätter in polnischer, böhmischer und italienischer Sprache anfertigen zu lassen, um die fremden Arbeiter, welche heute von dem Unternehmertum als Lohnbrüder gegen den heimischen Arbeiter benützt werden, über ihre Lage aufzuklären und sie zum Massenbewußtsein zu wecken, damit dieselben für unsere Sache gewonnen werden. Die Generalkommission will nun die Sache in die Hand nehmen, falls sich zeigt, daß auch in anderen Orten hierfür Bedarf vorhanden ist.

Wir ersuchen die Genossen aus allen Orten, wo diese Arbeiter in Betracht kommen, dies so bald wie möglich der Generalkommission mitzutheilen.

Herr Hans Müller, der bekannte Unabhängigste der Unabhängigen, ist bekanntlich vom Berner Rath für Staatsgefährlich erachtet und mit der Schandmaßregel der Ausweisung überrascht worden. Wie sehr sich die am Sozialistenkoller delirirende Berner Polizei in der Staatsgefährlichkeit des Herrn Müller geirrt hat, giebt eine Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ zu erkennen, die sich mit der Ausweisungsmäßregel beschäftigt. Es heißt von Herrn Müller u. a.: Dieses Frühjahr doktorirte er, was ihm in Verbindung mit persönlicher Liebenswürdigkeit im Umgang und einer gewinnenden Erscheinung den Zutritt zu den obersten Beamtenkreisen der kleinbürgerlichen Stadt erschloß. Auf seine Anregung hin wurde beschlossen, eine sozialpolitische Revue nach dem Muster der „Neuen Zeit“ in Stuttgart herauszugeben, an welcher er als Verleger, ein junger Bundesbeamter, Dr. Otto Bunschleger aus Jofingen, als leitender Redakteur, und ein starker Stab bekannter Beamter, Professoren und Schriftsteller als Mitarbeiter auftraten. Heute erschien die zweite Nummer, welche wie die erste sehr ansprechend geschrieben ist, ohne politisch eine exponirte Stellung einzunehmen. Das Unternehmen scheint zu gelingen, manchen Politikern aber, die jetzt in Bern ionangebend sind und sich in eine Vergewaltigungsjucht hinein verlorren haben, droht es unbehagen zu werden; durch die Ausweisung Müllers hofft man diese junge sozialpolitische Schule zu vernichten. Ernsthafte Gründe, welche die Ausweisung Müllers rechtfertigen könnten, sind nicht aufzuspüren. Einige Publikationen, die Müller zugeschrieben werden, sind nicht entfernt so heftig, wie jene der deutschen Flüchtlinge vor vierzig Jahren. Die Schweiz von heute muß im Spiegel jener Zeit erröthen; die kleinlichen Ausweisungen sind das Symptom eines traurigen und zwerghaften Geistes, der unsere schweizerische Politik erfüllt, den künftige Jahrhunderte kaum begreifen, für den sie nur Hohn und Spott haben werden und der selbst in manchen monarchischen Staaten keine Stätte finden könnte.

Ein wie schlechtes Beweisen muß die Berner Polizei haben, wenn ein Mann von der Harmlosigkeit des Herrn Müller, der in den philsitrosfsten Kreisen einer der philsitrosfsten Städte ein- und ausging, ihr schon gefährlich scheint.

Zur Lage der Bahnarbeiter. Kurz vor den Wahlen, so wird aus Dortmund gemeldet, machte ein Artikel die Runde durch die Zeitungen, wonach auf dem Bahnhof Soest eine Anzahl Bahnarbeiter entlassen worden seien, weil Ersparnisse gemacht werden sollten. Seitens des Betriebsamts Baderborn wurde zwar eine „Richtigstellung“ erlassen, in der jedoch die Entlassung zugegeben wurde. In der gestrigen Sitzung der Dortmunder Strafkammer kamen die Verhältnisse auf dem Bahnhof Soest zur Sprache. Ein Kantarier hatte sich wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu verantworten. Es stellte sich heraus, daß der Bahnhof überhaupt sehr unanständig liegt, da er ein Gefälle von 1 : 300 hat. Dabei ist das Hilfspersonal so knapp bemessen, daß, wenn keine Verzögerung eintreten soll, alle vorgeschriebenen Sicherheitsmaßregeln gar nicht ausgeführt werden können. Die Arbeiter haben 12 Stunden Dienst, fast ohne jede Pause, das Essen müssen sie in zufälligen Pausen verzehren. Der Vorsitzende des Gerichtshofes bemerkte selbst, es sei Zeit, daß die Oberbehörde einschreite und wenigstens das nöthige Personal bewillige. Vielleicht bekommt Herr Minister Theilen auf diesem Wege Kenntnis von den Verhältnissen auf dem wichtigen Bahnhof im westfälischen Bezirk. — Was aber, wenn der Stand der Dinge zur Kenntnis des Herrn Theilen gelangt? Der Wlooch frist ja alle Einnahmen auf!

Die unpolitischen Innungen. Der Innungs-Ausschuß Magdeburg, dessen Bureau sich Schönebeckstraße 1a befindet, versendet, wie wir dem „Dann. Volkswillen“ entnehmen, folgendes Schreiben:

An den Obermeister der

Herrn
In der am Mittwoch, den 5. Juli, stattgefundenen Sitzung des Innungs-Ausschusses mit einigen Herren Obermeistern war man zu dem Beschlusse gekommen, um die gegründete Mittelstands-Partei recht kräftig ge-

Betrachtungen eines Arbeiters auf der großen Berliner Kunst-Ausstellung.

Merkwürdig, daß diese große Bilder-Ausstellung immer nur für wohlhabende Leute eröffnet wird, alle Preise werden so hoch angesetzt, daß der Arbeiter ferngehalten wird. Wozu braucht er auch Kunstgenüsse, er versteht nichts davon und lauft nichts, also gehört er auch nicht in die Ausstellung. An sechs Tagen kostet es 50 Pf. Eintrittsgeld und an einem Tage, der für die besonders Begüterten frei gehalten werden soll, eine Mark. — So wird der ganze Kunstgenuss mit ausgefuchter Abfichtlichkeit erschwert, damit die Reichen ungestört vom niederen Bürger — vom „Volk“ — sich ihren Kunstbetrachtungen widmen können.

Die nächste und unangenehmste Erschwerung ist die Unsitte, die Bilder mit Nummern zu versehen, um den Besucher zum Kauf eines Katalogs zu zwingen. Aber wer kann als Arbeiter oder kleiner Handwerker solch einen Katalog kaufen für eine Mark oder einen dicken mit Bildern versehenen für zwei Mark? Es muß Alles möglichst theurer sein, damit die Kunst dem Volke thunlichst vorenthalten werde, das ist so Künstlerart.

Und was steht in solchem Katalog drin? Nr. 215 „Bildnis“, Nr. 307 „Märchen“, Nr. 529, „Luci“. Für diese und ähnliche geistreiche Bezeichnungen zahlt der unerschaffene Besucher eine Mark. Es wäre zwar höchst einfach, jedes Bild mit einer verständigen Unterschrift zu versehen; aber dafür sind — die Besucher zu dumm! — oder vielleicht sind die Künstler und ihre Kommissionen zu hart-

Parl muß aufs theuerste bezahlt werden. Nur eine Sache erinnert an schlechte Arbeiterverhältnisse, das sind die Aborte, sie sind aufs mangelhafteste und unbequemste gelegt und eingerichtet. Dabei werden die Frauen in dieser Beziehung auch hier am rücksichtslosten behandelt. Für Herren sind wenigstens im Parl Schilder in hinreichender Zahl als Wegweiser angebracht, für Frauen wird das nicht als nöthig erachtet; die Frau bleibt für Künstler stets ein höheres Wesen ohne „Bedürfnisse“; je mehr er für seine Leistungen des Weibes bedarf, umso weniger scheint er sich ihrer annehmen zu wollen. So sind die Männer! — Vielleicht entschließen sich diese Künstler der Bourgeoisie, ebenso wie sie für die bevorzugten Stände einen besonderen Tag eingerichtet haben, an dem es 1 M. Eintrittsgeld kostet, nun auch noch einen Tag für „das niedere Volk“ einzurichten, zu 10—20 Pf. Eintrittsgeld, und wenn an solchem Tage auch die Vierpächer sich mit ihren Preisen etwas mäßigen möchten, dürften die vornehmen Herren Künstler vielleicht eine größere Einnahme haben, als an dem Elitetage, an dem nur Menschen Einlaß finden, die 1 M. werth sind.

An solchem Arbeitertage würden auch wir einmal die übrigen Schwierigkeiten, welche die Ausstellung dem Besucher bietet, überwinden und den Versuch machen, einzelne Bilder vom Standpunkt des Arbeiters zu beurtheilen. Mancher Künstler hat den Versuch gemacht, Einzelheiten aus dem alltäglichen Arbeitsleben darzustellen, mancher zeigt sogar durch seine Versuche, wie lächerlich und wie die soziale Frage in seinem Kopfe spukt, und davon möchten wir uns unterhalten, aber bei herabgesetzten Preisen! —

deihen zu sehen, sämtliche Herren Obermeister zu ersuchen, in ihren diesen Monat stattfindenden Quartalsversammlungen Propaganda für diese Sache zu machen und den Nutzen einer solchen Vereinigung ihren Mitgliedern recht vor Augen zu führen. Wir möchten nun auch dieserhalb Sie höflich bitten, dies in ihrer Innung zu thun und möglichst sofort Listen anzulegen, um Ihre Mitglieder sich zu dieser Partei einzuschreiben zu lassen und diese dann an unsern Vorständen, Herrn Müller, gelangen zu lassen.

Hochachtung

Der Vorstand des Innungs-Ausschusses.

Hiermit haben die Innungen das politische Gebiet betreten, da der Innungs-Ausschuss aber das Organ darstellt, durch welches die einzelnen Innungen mit einander in Verbindung stehen, sind die Innungen als politische Vereine mit einander in Verbindung getreten. Was den Fachvereinen mit ihrem Zentralkomitee der Gewerkschaften recht war, so meint die Magdeburger „Vollstimme“, muß jetzt den Innungsbrüdern billig sein. Die Innungen müssen wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz aufgelöst werden.

Unser Parteiorgan in Hannover wird sein blaues Wunder erleben über die Schnelligkeit, mit der dieser Forderung nachgekommen wird.

Aus einer fogen. „Muster“-Fabrik. Welch schöne Löhne in der Württ. Metallwaaren-Fabrik Geislingen, die wegen ihrer vorzüglichen „Wohlfahrts-Einrichtungen“ geradezu einen Welt-ruhm erlangt hat und zu deren Aktionären auch der beanstandete Stuttgarter Reichstags-Abgeordnete Herr Geheimere Kommerzienrath Siegel, gehört, mag aus nachfolgend abgedrucktem Schriftstück ersicht werden:

Arbeitsbescheinigung. Auf Grund der §§ 156 und 161 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes vom 22. Juni 1889 wird zum Zweck der Abklärung der Parteizeit für Invaliden bzw. Altersrente, hierdurch bescheinigt, daß (folgt der Name des betreffenden 19-jährigen Arbeiters) vom — bis gegen — einen Lohn von 11,78 M. wöchentlich bei uns beschäftigt gewesen ist. Geislingen, den Württ. Metallwaaren-Fabrik. (Unterschrift unleserlich.)

Die Echtheit vorstehender Ausfertigung wird beglaubigt Geislingen, den Stadtschultheißenamt. (Unterschrift unleserlich.)

Leider hat der Einsender obigen Schriftstück, so schreibt die Schwab. Tagwacht, vergessen, uns mitzuteilen, wie viel er bei dem Lohne von 11,78 M. wöchentlich auf die Seite gelegt hat. In der Württ. Metallwaaren-Fabrik werden doch die Leute zum „Sparen“ angehalten und erzogen!

So wie in der Geislinger nicht es, beiläufig bemerkt, ziemlich in allen Musterfabriken. Und was das Schlimmste, gerade derartige Institute zeichnen sich außerdem noch dadurch aus, daß sie auf den Arbeiter den allerschlimmsten Gewissenszwang ausüben. So hat denn auch der selbsthändigste Arbeiter vor nichts mehr Abscheu als vor der berühmten Unternehmerwohlthätigkeit.

In welchem Umfange dem Hamburger Staat aus der Cholera-Epidemie des vorigen Jahres die öffentliche Wasserpflege erwachsen ist, ergibt sich aus einem Nachtrags-Etat des Waisenhauses. Danach sind im Waisenhause außer 600 Kinder statt bisher 400 zu verpflegen. Die Zahl der außerhalb Hamburgs untergebrachten Waisen wird auf rund 1000 angegeben und die der sogenannten Kostkinder auf 2000, so daß dem Staate ca. 4200 Kinder zur Last fallen. Im Vorjahre betrug die Zahl der Waisen kaum die Hälfte.

Der Segen der Raiffeisen- und anderer Vorschußkassen für die Landbewohner wird von den Stützen des Staates gemeinhin mit allen Baden ausposaunt. Sie sind nach deren Lobpreisungen die Rettung des gedrückten Kleinbauernstandes. Wie es in Wirklichkeit damit aussieht, mag folgender Fall beweisen: In Dittmar wurde einem armen Bäuerlein im Auftrage einer Vorschußkasse die einzige Kuh gepfändet, weil der Mann mit 25 M. Zins im Rückstande war. Die Kuh sollte vor 8 Tagen dort veräußert werden, fand aber keinen Liebhaber, wahrscheinlich weil die Ortseinwohner glaubten, daß dem armen Manne die Kuh erhalten blieb, wenn niemand darauf biete; die Kuh wurde jedoch nach Tauberschloßheim gebracht und dort um 21 M. verkauft. — Die Kosten des Verkaufens betragen ca. 20 M., sodas der hochschöllichen Vorschußkasse ca. 1 M. abgeliefert werden konnte. Das Bäuerlein ist nun um seine Kuh gekommen, gleichzeitig aber noch 24 M. schuldig, die Kasse hat 1 M. und der Staat hat 20 M. Kosten vereinnahmt! — Dem Bauersmann ist geholfen — von seiner Kuh. Er wird des Segens der Kasse zeit lebens denken.

Landwirtschaftliche Tagelöhne in Böhmen. Graf Taaffe, I. I. Ministerpräsident, läßt seinen Tagelöhnern auf Glashau 15. 20, 25 bis sogar 30 kr. (1 Kreuzer = etwa 2 Pf.) täglich zahlen; die Arbeitszeit währt von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Dieselben Löhne werden auf den sächsisch-schwarzenbergischen Herrschaften gezahlt. Graf Stadion zahlt Männern 40 kr., Fürst Auersperg 22 kr., ebenso viel die durch ihre Frömmigkeit berühmten Grafen Schönborn. Dagegen werden auf den Gütern des Grafen Franz von Hohenstein auch 35 kr. bezahlt. Und die Arbeitszeit? Gegenwärtig wird von 4 Uhr früh bis 9 Uhr Abends, also etwa 17 Stunden geschätzt. Man kann demnach sagen, daß der böhmische Hochadel seinen Tagelöhnern 3 bis 6 Pf. für die Stunde zahlt. Wenn Bismarck von diesen Böhmen liest, wird er sich ärgern, daß er nicht in Böhmen haust.

Ein Sieg der Klassenbewußten Arbeiterschaft in Oesterreich. Bei den kürzlich stattgehabten Wahlen in die Vertretungskörper der niederösterreichischen Unfallversicherungs-Anstalt haben die von Klassenbewußten Arbeiterschaft aufgestellten Kandidaten eine starke Majorität errungen. Nur in der Kategorie der landwirtschaftlichen Betriebe und Wälden wurde zum Vorstandsmitglied der gegnerische Kandidat gewählt, aber bloß deshalb, weil der von den Arbeitern aufgestellte Genosse Franz Karz nicht der Gruppe angehörte, für welche er als Vorstandsmitglied vorgeschlagen war. Nichtsdestoweniger hat auch in diesem Falle der von den Arbeitern aufgestellte Kandidat eine imponante Majorität zu verzeichnen. Der Erbkammern des Genossen Karl Hingegen wurde mit 169 Stimmen — der Gegner erhielt kaum die Hälfte — gewählt. Es ist dies Genosse Josef Wolf, Müller. Die übrigen Vorstandsmitglieder, resp. Ersatzmänner — die Genossen: Eisinger, Blumauer, Wildholz und Neugebauer — erhielten je 6300—6900 Stimmen, die Gegner — darunter ein gewisser Wiber und der Pascha der Wienerberger Ziegelfabriken, Herr Rambauf — je 4000 Stimmen. Mit einer Stimmenzahl von je 54 000—57 000 wurden die Schiedsrichter gewählt, und zwar die Genossen: Ezner, Englisch, Dorsch, Wegberg, Wenzel, Krenn.

Selbstverständlich, so schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, der wir diese Nachricht entnehmen, schloß es nicht an Wahlvereinbarungen der schlimmsten Art. Insbesondere in einigen Brauereihäusern (Dreher) und im Baugewerbe wurden die Arbeiter in der unverschämtesten, brutalsten Weise um ihr freies Wahlrecht gebracht. Die feige Niedertracht des Unternehmertums wird allerdings durch das ganz und gar polizeiliche Wahlsystem gefördert. Um so höher ist der Sieg der Klassenbewußten Arbeiter über das Ausbeuterthum anzuschlagen. Es geht eben vorwärts auf allen Ecken, mit und ohne allgemeines und direktes Wahlrecht!

Was die französischen Städte trinken, kann man aus einer Mittheilung der Pariser Stenographie sehen. In den nördlichen Städten trinkt man am wenigsten Wein und am meisten Bier. Der Weinkonsum erreicht dort nicht 50 Liter jährlich per Kopf. Die Städte, in welchen er 200 Liter per Kopf

übersteigt, sind Bordeaux, St. Etienne, Nizza, Montpellier, Grenoble, Clermont-Ferrand und die Pariser Vorstadt Belleville. Perret, obgleich diese eine arme Bevölkerung hat, Paris selbst trinkt 196 Liter per Kopf. Was das Bier anbelangt, so verbrauchen die Städte Lille, Roubaix, Tourcoing, Saint-Quentin, Dünkirchen und Amiens für die Einwohner jährlich 2 bis 300 Liter. Paris bloß 11 Liter (im ganzen 281 345 Hektoliter im vorigen Jahre). Der Alkoholgenuß ist am stärksten in der Normandie: Rouen 17, Havre und Caen je 16, Le Mans 10 Liter per Kopf. In Paris stellt die Ziffer sich auf 8 Liter; für ganz Frankreich beträgt sie im Durchschnitt 4 1/2 Liter, und die größte Mäßigkeit zeigen Toulouse und Béziers, deren Bewohner sich mit kaum 2 Litern begnügen.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Nämlich die Sozialreform. Aus Nippes wird unterm 12. Juli gemeldet: Der Arbeiterausschuß der Königl. Eisenbahn-Hauptwerkstätte hat mit Rücksicht darauf, daß nicht ein einziger seiner im Interesse von 1500 Arbeitern gestellten Wünsche bis jetzt berücksichtigt wurde, insbesondere aber deshalb, weil der im Dezember 1892 in Kraft getretene Verdienstabzug von 10 pCt. nicht dem Versprechen gemäß aufgehoben wurde, sein Mandat niedergelegt. Dieser Abzug bedeutet bis jetzt für die Affordarbeiter immerhin einen Ausfall von 40—55 M. Der Verlehr der linksrheinischen Eisenbahn hat sich gegen das Vorjahr bedeutend gehoben und mit ihm die Einnahmen, und doch wurde diese bedauerliche Verfügung nicht aufgehoben.

Kann man sich einen kläglicheren Reinfall der mit Pauken und Trompeten verkündeten Sozialreform vorstellen? Fast möchte man Mitleid mit denen haben, die seinerzeit ernsthaft an ein solches Ding glaubten.

Der Jahresbericht über die Trades-Unions für das Jahr 1891 wurde nach einer Mittheilung des „Sozialpolitischen Centralblatt“ soeben vom Arbeitsdepartement des Handelsamtes ausgegeben. Im allgemeinen Theil berichtet Burnett, daß sich in 236 Unionen, welche für die beiden Jahre 1890 und 1891 Anmachten, die gesammte Mitgliederzahl im Jahre 1890 auf 847 956, im Jahre 1891 auf 843 872 belief, also eine Abnahme von 4084 Mitgliedern zeigte. Die Kassembewegung dieser 236 Vereine weist für das Jahr 1890 an Einnahmen 1 153 815, an Ausgaben 853 127 Pf. auf, für das Jahr 1891 1 222 494 Pf. Einnahmen und 1 087 253 Pf. Ausgaben. Die Einnahmen sind also um 68 689 Pf. und die Ausgaben um 184 126 Pf. gestiegen.

Im Jahre 1890 gaben an Arbeitslosen-Unterstützung, mit Einschluß der Reise-Unterstützung, 129 Vereine 145 009 Pf. aus; im Jahre 1891 133 Vereine 203 583 Pf. Die 119 Unionen, welche für beide Jahre Bericht erstatten, verbrauchten für Arbeitslosen-Unterstützung im Jahre 1890 143 193 Pf., im Jahre 1891 194 193 Pf., also für diese 119 Vereine ein Mehr von 51 000 Pf.

Die Streik-Unterstützungen machten im Jahre 1890 eine Auslage von 124 801 Pf. nöthig bei 96 Vereinen und im Jahre 1891 von 161 884 Pf. bei 123 Vereinen. 86 Vereine, welche für beide Jahre berichten, gaben aus im Jahre 1890 123 658 Pf., im Jahre 1891 148 463 Pf., also mehr um 24 805.

An Krankenunterstützung und ärztlicher Hilfe gaben 95 Vereine im Jahre 1890 aus: 171 584 Pf., im Jahre 1891: 98 Vereine 197 131 Pf. Bei jenen 92 Vereinen, die in beiden Jahren berichten, stiegen die Ausgaben von 171 422 auf 195 503, also um 24 081.

An Unfallunterstützungen verbrauchten im Jahre 1890 89 Vereine 13 771 Pf., im Jahre 1891 88 Vereine 17 469 Pf. Bei jenen 81 Vereinen, die in beiden Jahren berichten, stiegen die Auslagen von 11 601 Pf. auf 12 272 Pf.

An Altersvorsorgungs-Beiträgen bezahlten 44 Vereine im Jahre 1890 87 414, im Jahre 1891 91 244 Pf.

An Verordnungslosten wurden ausgegeben im Jahre 1890 von 154 Vereinen 59 813 Pf., im Jahre 1891 von 158 Vereinen 67 290 Pf. Bei den 142 Vereinen, bei denen ein Vergleich möglich war, stiegen die Auslagen von 57 743 Pf. auf 64 556 Pf.

Die größte Zunahme zeigten bemerkenswerther Weise die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, welche vom Jahre 1889 bis 1890 einen Zuwachs von 5735 Pf. zeigten, vom Jahre 1890 bis 1891 aber einen Zuwachs von 60 573 Pf. aufwiesen. Freilich muß in Rücksicht gezogen werden, daß in den vorhergehenden Berichten bloß 117 Vereine, jetzt aber 130 Vereine verzeichnet waren. So groß diese verschiedenen Auslagen waren, zeigt das Guthaben der 236 Unionen am Ende des Berichtsjahres einen Zuwachs von nicht weniger als 176 792 Pf., und ihre Bilanz schloß für 1890 mit 1 889 167 Pf., für das Jahr 1891 mit 1 545 899 Pf.

Es ist bemerkenswerth, daß im Jahre 1892 die Zahl der Unionen, welche an das Arbeitsamt berichteten, bedeutend gestiegen ist, so daß der nächste Bericht 431 Vereine mit einer Mitgliederzahl von 1 109 014 und einem Kapital von 1 728 480 Pf. verzeichnen wird.

Burnett spricht die Hoffnung aus, daß, wenn diese Ziffern zunächst einen Vergleich nicht zulassen werden, doch in wenigen Jahren eine vollständige Uebersicht erreicht werden wird.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 18. d. M. eine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über das Thema: „Die Nothwendigkeit der politischen Organisation und deren Wert“. An Stelle des nicht erschienenen Referenten, Reichstags-Abgeordneten Nueb, sprach Millarg unter Beifall über dieses Thema. Genosse Bachmann in der Diskussion Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es für den Arbeiter nicht genüge, allein politisch organisiert zu sein, daß er vielmehr ebenso die Pflicht habe, sich auch gewerkschaftlich zu organisieren. Nach Schluß der Diskussion erstattete Kleinert den Kassembereicht pro II. Quartal. Nach diesem betrug die Einnahme 1694,06 M., die Ausgabe 831,90 M., der Bestand 862,16 M. Der Verein zählte am 1. Juli 2118 zahlende Mitglieder. Auf Antrag Kleinert wurde der Vorstand ermächtigt, im Laufe des Quartals an die Mitglieder eine Broschüre gratis zu verteilen. Bekanntgegeben wurde, daß das Mitglied Wilhelm Grünwald verstorben ist und daß die Beerdigung am 20. d. Mts. Abends 6 Uhr, auf dem Charitekirchhofe stattfindet. Seitens des Vorstandes erging die Anregung auf Revision des Vereinsstatuts und Wahl einer Kommission, die gemeinsam mit dem Vorstande die Revision vorzunehmen habe. Die Generalversammlung erklärte sich hiermit einverstanden und wählte in die Kommission fünf Vereinsmitglieder. Laut Beschluß der Generalversammlung findet das Stiftungsfest am 10. Februar 1894 in den Germania-Sälen statt. Eingebbracht wurde wiederum ein Antrag auf Ausschluß des J. Baer aus dem Wahlverein. Durch Majoritätsbeschluß ging die Generalversammlung über diesen Antrag zur Tagesordnung über. Die Frage der Passafestfeier wird in der nächsten Versammlung erledigt werden.

Zwei öffentliche Versammlungen der Bäckerarbeiter Berlin tagten gleichzeitig am 18. d. Mts. Zur Verhandlung stand in beiden Versammlungen die Frage: „Führen wir die Arbeiter-Kontrollmarke ein?“ Die Versammlung, welche in den Germania-Sälen (Chauffeestraße) tagte, war von etwa 800 Personen besucht. In einem einleitenden Vortrage erläuterte Gutmacher Böckel das Wesen und den

Werth der Arbeiter-Kontrollmarke, deren Einführung für das Bäckergerwerbe befürwortend. Böcker Kretschmar beleuchtete feinerseits die Lage der Bäckerarbeiter und legte namens der Agitationskommission der Versammlung folgende Resolution vor:

Die heutigen Versammlungen der Bäckerarbeiter Berlin und Umgegend beschließen: In Erwägung, daß sie durch Arbeits-einstellung ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verbessern können und die Verbesserungen dennoch für nothwendig halten, sowohl in ihrem eigenen als auch im sanitären Interesse des gesammten Publikums, zur Abstellung der traffensten Mißstände die Kontrollmarke einzuführen. Es soll die Kontrollmarke von der Agitationskommission ausgehen und an die Unternehmer des Bäckergerwerbes zur Kennzeichnung der Brote unter folgenden Bedingungen verabfolgt werden: 1. Der Unternehmer hat sich zu verpflichten, die tägliche zwölfstündige Arbeitszeit einschließlich der Pausen in seinem Betriebe einzuführen. 2. Bei Bedarf von Arbeitskräften nur den Arbeitsnachweis des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen zu benutzen. 3. In den Arbeits-räumen für Reinlichkeit und genügende Ventilation zu sorgen. 4. Dem lezten Arbeiter in seinem Betriebe einen wöchentlichen Minimallohn von 18 M. ohne Kost, oder einen solchen von 8 M. mit Kost und Logis zu zahlen. 5. Die Schlafräume sind so zu gestalten, daß sie den Vorschriften der Sanitätspolizei entsprechen. Der Unternehmer hat für Reinlichkeit und Lüftung der Schlafräume zu sorgen und dieselben zum Betriebe nicht zu benutzen. 6. Der Unternehmer hat sich der Kontrolle der Agitationskommission in bezug auf Innehaltung der vorstehenden Bedingungen zu unterwerfen. Des weiteren beauftragen die heutigen Versammlungen die Agitationskommission, alle erforderlichen Schritte zur Einführung der Kontrollmarke zu veranlassen und bis zum 1. August d. J. alle Vorarbeiten zu erledigen. Zugleich appelliren die Berliner Bäckerarbeiter an die Solidarität der gesammten Arbeiterschaft, vom 1. August d. J. ab nur Brot mit Kontrollmarke zu kaufen.

Entscheidender Gegner der Einführung einer Kontrollmarke war Konditor Schmidt. Auch Bäcker Schmidt äußerte einige Bedenken. Grassow, Pfeiffer, Münchow u. a. sprachen sich für die Einführung der Kontrollmarke aus und wurde allseitig die Nothwendigkeit des Beitritts zur Organisation, zum Verbands, betont. Das Resultat der Verhandlungen war die Annahme der vorgelegten Resolution mit allen gegen eine Stimme. Da der Gesellenausschuß die Petition der Meister um Beschränkung der Sonntagsruhe unterschrieben hat, war beantragt worden, den Gesellenausschuß zur nächsten Versammlung einzuladen. Dieser Antrag wurde der Agitationskommission zur weiteren Veranlassung überwiesen.

Die zweite Versammlung mit derselben Tagesordnung tagte in den Konfordia-Sälen und war von etwa 500 Personen besucht. In dieser referirten der Tabakarbeiter Buddry und Bäcker Schläter. Auch hier sprachen sich beide Redner für Einführung der Kontrollmarke aus. Die Zustimmung der Gewerkschaftskommission liegt bereits vor und soll sobald in nächster Zeit eine Volksversammlung einberufen werden, um dieser Frage gegenüber Stellung zu nehmen. In der Diskussion traten Tabakarbeiter Behner und Bäcker Scholz energisch für Einführung der Kontrollmarke ein, indem sie auf die Vortheile, die durch dieselbe erzielt werden sollen, hinwiesen und auch zu bedenken gaben, daß wegen der großen Zahl der Arbeitslosen bei den Bäckern an einen Streik in deren Gewerbe nicht gedacht werden könne. Einstimmig nahm die Versammlung die schon oben wiedergegebene Resolution an. Schläter geisterte in seinem Schlußwort das arbeiterfeindliche Verhalten der Bäckermeister, die sich wehrlich für eine weitgehende Einschränkung der Sonntagsruhe aussprachen. Wollten die Bäcker-Arbeiter ihre Lage verbessern, so müßten sie sich organisieren. Bäckermeister Debestreit führte aus, daß die verlangte Abkürzung der Arbeitszeit sich wohl durchführen lasse. Unter Verschiedenem machte Scholz eine Anzahl Bäckereien bekannt, in welchen im Bethe des Bechlings des Nachts Dienstdoten schlafen. Ueber den Gesellen-Ausschuß der Germania-Innung wurde ob seiner Haltung zur Sonntagsruhe eine abfällige Kritik geübt, und ein Mißtrauensvotum ausgesprochen.

Eine öffentliche Bildhauer-Versammlung tagte am 18. Juli und hörte zum ersten Punkt der Tagesordnung ein Referat des Kollegen Dupont an über Werkstatt-Delegirten-Einrichtung, Agitation und Statistik. Derselbe führte u. a. aus, daß es sich jetzt, in der Krise, darum handle, die Arbeitszeit zu halten, was nur möglich sei, wenn hinter den einzelnen Kollegen eine starke Organisation stehe. In den letzten beiden Jahren seien nun namentlich die Holzbildhauer dem Gewerke in der Bildhauer ferngeblieben; es sei offenbar die Werkstatttagung zu sehr vernachlässigt worden. Derselbe müsse wieder belebt werden. Zu diesem Zwecke werde der Gewerke Holzbildhauer-Abende einrichten. Andererseits solle in jeder Werkstatt wieder ein Delegirter ernannt werden, der allwöchentlich einen Abend für eine Zusammenkunft opfere, damit die Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Werkstätten bekannt werden. Im nächsten Jahre wolle der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands eine neue Statistik aufnehmen und zwar vom 1. Juli d. J. bis zum 30. Juni 1894. Die in diesen Tagen an sämtliche Kollegen vertheilten Kalender sollen es jedem ermöglichen, allwöchentlich die Notigen zu machen, um sicheres Material für die Statistik zu gewinnen. Mit Beifall bezeugten die Anwesenden ihre Zustimmung und auch die Kollegen, welche das Wort nahmen, traten den Ausführungen des Referenten bei. Buda theilte noch mit, daß am 1. August der erste Holz-bildhauer-Abend stattfindet. König bemerkte, daß namentlich auch die Kollegen seiner Branche, die Redelleure, sich der Organisation zumeist fernhielten. Winkler, der die an den Tag gelegte Gleichgiltigkeit besonders scharf geipelte, ermahnte die Kollegen, die Aufrufe der Agitationskommission künftig besser zu befolgen, als es dem letzten gegenüber geschehen ist. Revisor Christen gab den Rechenschaftsbericht über die letzten 1 1/2 Jahre. Danach betrug im Jahre 1892 die Einnahme 569,12 M., wovon 335,24 M. zu Beginn desselben als Bestand vorhanden waren, die Ausgabe 492,46 M., so daß am Ende 1892 ein Bestand von 76,66 M. verblieb. Mit letzterem eingerechnet betrug vom 1. Januar 1893 bis zum 30. Juni die Einnahme 522,16 M., die Ausgabe 480,47 M., blieb also 41,69 M. Bestand. Nachdem noch König einen eingehenden Thätigkeitsbericht gegeben, wurden Christen und Krepahle zu Revisoren gewählt.

Briefkasten der Redaktion.

M. M. 51. Kommen Sie bei der Gemeinde um Bewilligung des Armenrathestes ein und beantragen Sie dann bei dem Gericht, unter Ueberreichung des Attestes, Bewilligung des Armenrathestes. Societ sich auf Ihrer Darlegung entnehmen läßt, ist das Recht nicht an Ihrer Seite.

Wiesch. Die Kündigung kann zu jeder Tagesstunde, keineswegs nur bis Mittags um 12 stattfinden.

F. W. Sie müssen entweder selbst zur Empfangnahme des Geldes sich einfinden oder jemand, dem Sie Vertrauen schenken, damit beauftragen oder die Umschreibungserklärung gegen Nachnahme des auf Sie entfallenden Betrages einschicken.

Zähle. Sie können sich lebhaftig mit dem Antrage, die geschloßenen Sachen Ihnen zu verschaffen, eventuell die Diebe nach deren Verbleib zu befragen, an die Staatsanwaltschaft wenden.

Genosse 162. Weder Sie noch Ihre Ehefrau dürfen vor rechtskräftiger Scheidung der Ehe heirathen.

F. M. D. Die während der Ehe erworbenen Sachen gehören trotz Ihrer Mitarbeit Ihrem Mann.

Veruan. Die Kündigung ist nach den gesetzlichen Bestimmungen gültig.

Annaises 6. Wenden Sie sich an einen Patentanwalt.